

Handbuch Kartellverfahren und Kartellprozess

Kamann / Ohlhoff / Völcker

2. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-79744-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kamann / Ohlhoff / Völcker
Handbuch Kartellverfahren und Kartellprozess


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Kartellverfahren und Kartellprozess

Herausgegeben von

Prof. Dr. Hans-Georg Kamann

Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.

Dr. Stefan Ohlhoff, LL.M.

Rechtsanwalt in Berlin

Prof. Dr. Sven Völcker, LL.M.

Rechtsanwalt in Brüssel

Bearbeitet von

Dr. Andreas Boos, München; Sarah Cannevel, Bonn; Dr. Ulrich Denzel, LL.M., Stuttgart;
Prof. Dr. Daniel Dittert, Luxemburg; Dr. Johannes Dittrich, München;
Dr. Christian Ehlenz, Gießen; Dr. Oliver Fleischmann, LL.M., Berlin;
Dr. Peter Gey, LL.M., Frankfurt/M.; Dr. Jens Hackl, Berlin; Christoph Harler,
Frankfurt/M.; Dr. Jeanie Henn, Mannheim; Peter Hoeltzenbein, Bonn;
Dr. Moritz Holm-Hadulla, Stuttgart; Christian Horstkotte, Düsseldorf;
Alexander Israel, LL.M., Brüssel; Dr. Ole Jensen, Berlin; Lea Jäschke, Berlin;
Philip Kalmus, PhD, London; Prof. Dr. Hans-Georg Kamann, Frankfurt/M.;
Dr. Manuel Kellerbauer, Brüssel; Dr. Tobias Klemm-Ruf, München;
Dr. Carsten Klöppner, Stuttgart; Dr. Katharina Krauß, Bonn;
Dr. Thorsten Käseberg, LL.M., Berlin; Prof. Dr. Rüdiger Lahme, Hamburg;
Dr. Hilmar Leonhardt, Bonn; Dr. Katrin Meschede, Berlin; Dr. Gerald Miersch, LL.M.,
Brüssel; Isabel Oest, LL.M., Frankfurt/M.; Dr. Stefan Ohlhoff, LL.M., Berlin;
Dr. Andrea Preuße, Hamburg/London; Dr. Martin Raible, Düsseldorf;
Prof. Dr. Andreas Ruster, LL.M., Hamburg; Dr. Martin Schmidt, Berlin;
Dr. Jens Peter Schmidt, Brüssel; Prof. Dr. Hartmut Schneider, Washington, DC;
Dr. Julia Schwalm, Berlin; Franz Schwarz, London und Frankfurt/M.;
Timm Sperber, LL.M., Mannheim; Dr. Jan Sprafke LL.M., Düsseldorf;
Dr. Matthias Ulshöfer, Stuttgart; Prof. Dr. Sven Völcker, LL.M., Brüssel;
Dr. Dominique Wagener, LL.M., Frankfurt/M.; Daria Werner, Berlin;
Prof. Dr. Wolfgang Wurmnest, LL.M., Hamburg

2. Auflage 2024



Zitiervorschlag:
Kamann/Ohlhoff/Völcker Kartellverfahren-HdB/Kamann § 1 Rn. 1

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 79744 6

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlag: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das lebhafteste Interesse an der ersten Auflage (2017) des vorliegenden Handbuchs und die zahlreichen positiven Reaktionen von Leserinnen und Lesern haben uns als Herausgeber viel Freude bereitet. Sie haben gezeigt, dass das Handbuch in Praxis und Wissenschaft breit wahrgenommen wurde und die Leserinnen und Leser vielfach bei der Begleitung von Kartellverfahren und Kartellprozessen unterstützen konnte.

Seit der Veröffentlichung der ersten Auflage sind drei GWB-Novellen in Kraft getreten. Diese Novellen haben erhebliche Veränderungen im Kartellschadensersatzrecht mit sich gebracht, betrafen aber auch wichtige Aspekte von Bußgeld- und Verwaltungsverfahren. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Neuauflage ist das GWB auf dem Stand der 11. GWB-Novelle. Öffentliche Konsultationen für eine weitere Modernisierung des Wettbewerbsrechts wurden aber bereits kürzlich abgeschlossen.

Die EU hat zwischenzeitlich zudem den Digital Markets Act erlassen und damit sektor-spezifische Wettbewerbsregeln für digitale Märkte geschaffen. Der Digital Markets Act enthält neben materiell-rechtlichen Regeln auch eigene Instrumente für die private und öffentliche Durchsetzung dieser Regeln, die neben das Wettbewerbsrecht treten. Zudem hat die EU die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten bei der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts durch die ECN+-Richtlinie gestärkt. Beide haben auch Anpassungen im nationalen Recht erforderlich gemacht, die ihren Niederschlag im GWB gefunden haben.

Hinzu kommen eine Vielzahl von Urteilen des Bundesgerichtshofs und von anderen deutschen Gerichten sowie des Europäischen Gerichtshofs, die viele wichtige Fragen rund um das Kartellverfahren und den Kartellprozess geklärt haben und beide teilweise sogar ganz grundsätzlich veränderten. Für diejenigen, die sich in Praxis und Wissenschaft mit den Schadensfolgen von Kartellen beschäftigen, gehören Stichworte wie *Sumal*, *Traficos*, *Volvo/DAF*, *Heureka*, *Schienenkartell*, *LKW-Kartell*, *Schlecker*, *Stahlstrahlmittel* und viele andere mittlerweile zum alltäglichen Wortschatz.

Die Zeit ist daher reif für eine zweite Auflage des vorliegenden Handbuchs. Mit ihr wird das Handbuch umfassend aktualisiert und an die Entwicklungen der letzten Jahre angepasst. Die grundsätzlichen Änderungen, die das Kartellschadensersatzrecht erfahren hat, haben insbesondere eine vollständige Überarbeitung und Neugliederung des 3. Teils des Handbuchs zum Kartellprozess erforderlich gemacht. Aber auch in anderen Teilen des Buches haben sich im Zuge der Aktualisierung wesentliche Änderungen ergeben. Beispielsweise ist ein vollständig neuer Abschnitt zum Digital Markets Act in den 2. Teil aufgenommen worden. Mit dieser Neuauflage liegt daher viel mehr als eine Fortschreibung der ersten Auflage vor; bei weiten Teilen des Handbuchs handelt es sich um eine Neubearbeitung der Thematik.

In den 56 Kapiteln des Handbuchs gehen die Autorinnen und Autoren des Handbuchs auf rund 1.700 Seiten den vielen Fragen nach, die sich in Unternehmen, Behörden, Richterschaft und Anwaltschaft in oftmals hochkomplexen Kartellverfahren und Kartellprozessen stellen. Das Handbuch soll weiterhin die sanktions- und verfahrensrechtlichen Aspekte des Kartellrechts systematisch und im Zusammenhang behandeln. Dabei erhebt es nicht den Anspruch, jede einzelne Frage umfassend zu beantworten. Es soll die Leserin oder den Leser vielmehr in die Lage versetzen, das materielle Kartellrecht im Kontext von Kartellverfahren und Kartellprozessen zu beurteilen und anzuwenden und Mandanten und Parteien sicher durch das Dickicht der öffentlichen und privaten Durchsetzung des Kartellrechts zu leiten.

Bei der Neuauflage haben uns viele Autorinnen und Autoren unterstützt, die bereits an der Erstauflage beteiligt waren. Hinzugekommen sind aber auch eine Reihe von neuen Autorinnen und Autoren. Den bisherigen und den neuen Autorinnen und Autoren gilt unser besonderer Dank für die ungeheure Mühe, die in diese längst überfällige Neuauflage

geflossen ist. Ihre vielfältige und intensive Auseinandersetzung mit Kartellverfahren und Kartellprozessen im Rahmen ihrer Tätigkeiten bei der Europäischen Kommission und dem Europäischen Gerichtshof, beim Bundeskartellamt und bei Staatsanwaltschaften, bei Unternehmen, in der Anwaltschaft und in der Wissenschaft ist das Fundament für das vorliegende Handbuch. Der Erfahrungsschatz der Autorinnen und Autoren begründet unseren Anspruch, auch mit der Neuauflage eine umfassende und objektive Abhandlung der Thematik vorzulegen, die sowohl wissenschaftlichen als auch praktischen Ansprüchen in höchstem Maße genügt.

Herzlich danken wir schließlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Beck-Verlags und unseren früheren und gegenwärtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allen voran Clara Renz und Joshua Kriesmann, für ihre vielfältige Unterstützung bei dieser Neuauflage. Ohne ihre großartige Hilfe wäre sie nicht möglich gewesen.

Frankfurt am Main, Berlin und Brüssel

Die Herausgeber



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis*

Dr. Andreas Boos

Rechtsanwalt in München
§ 31

Sarah Cannevel

Regierungsdirektorin beim Bundeskartellamt in Bonn
§ 19 A–G

Dr. Ulrich Denzel, LL.M.

Rechtsanwalt in Stuttgart
§§ 28, 29, 33–35, 39

Prof. Dr. Daniel Dittert

Referatsleiter beim EuGH in Luxemburg
§ 14

Dr. Johannes Dittrich

Rechtsanwalt in München
§§ 52 B, 53, 55

Dr. Christian Ehlenz

Syndikusrechtsanwalt und Rechtsanwalt in Gießen
§ 56

Dr. Oliver Fleischmann LL.M.

Rechtsanwalt in Berlin
§ 18 A–E

Dr. Peter Gey, LL.M.

Rechtsanwalt in Frankfurt/M.
§§ 10 A, C–H, 18 G, 19 K

Dr. Jens Hackl

Rechtsanwalt in Berlin
§§ 46, 50

Christoph Harler

Rechtsanwalt in Frankfurt/M.
§ 52 A

Dr. Jeanie Henn

Staatsanwältin in Mannheim
§ 20

* Die Beiträge geben allein die persönliche Auffassung der Autorinnen und Autoren wieder und binden in keiner Weise die Institutionen und Unternehmen, in denen die Autorinnen und Autoren tätig sind.

Peter Hoeltzenbein

Leitender Regierungsdirektor beim Bundeskartellamt in Bonn
§ 17

Dr. Moritz Holm-Hadulla

Rechtsanwalt in Stuttgart
§§ 33–35, 39

Christian Horstkotte

Rechtsanwalt in Düsseldorf
§ 18 F

Alexander Israel, LL.M.

Rechtsanwalt in Brüssel
§§ 7 C, 8

Dr. Ole Jensen

Rechtsanwalt in Berlin
§ 51

Lea Jäschke

Rechtsanwältin in Berlin
§ 54

Philip Kalmus, PhD

Ökonomischer Berater in London
§ 32

Prof. Dr. Hans-Georg Kamann

Rechtsanwalt in Frankfurt/M.
§§ 1 5, 24, 25

Dr. Manuel Kellerbauer

Europäische Kommission in Brüssel
§ 13

Dr. Tobias Klemm-Ruf

Rechtsanwalt in München
§§ 52 B, 53, 55

Dr. Carsten Klöppner

Rechtsanwalt in Stuttgart
§§ 28, 29, 40

Dr. Katharina Krauß

Direktorin beim Bundeskartellamt in Bonn
§ 19 A–G

Dr. Thorsten Käseberg, LL.M.

Ministerialrat in Berlin
§ 16

beck-shop.de
DIE FACHZEITUNG

Prof. Dr. Rüdiger Lahme

Rechtsanwalt in Hamburg
§§ 26, 41

Dr. Hilmar Leonhardt

Rechtsanwalt in Bonn
§ 18 A–E

Dr. Katrin Meschede

Rechtsanwältin in Berlin
§ 36

Dr. Gerald Miersch, LL.M.

Europäische Kommission in Brüssel
§§ 7 A, B, 10 B

Isabel Oest, LL.M.

Rechtsanwältin in Frankfurt/M.
§ 19 H–J

Dr. Stefan Ohlhoff, LL.M.

Rechtsanwalt in Berlin
§ 30

Dr. Andrea Preuße

Rechtsanwältin in Hamburg/London
§§ 21–23, 37, 40, 42, 43, 49

Dr. Martin Raible

Rechtsanwalt in Düsseldorf
§§ 21–23, 37, 40, 42, 43, 49

Prof. Dr. Andreas Ruster, LL.M.

Rechtsanwalt in Hamburg
§ 26

Dr. Martin Schmidt

Rechtsanwalt in Berlin
§ 54

Dr. Jens Peter Schmidt

Rechtsanwalt in Brüssel
§ 15

Prof. Dr. Hartmut Schneider

Rechtsanwalt in Washington D.C.
§ 48

Dr. Julia Schwalm

Rechtsanwältin in Berlin
§§ 46, 47

beck-shop.de
DIE FACILITÄT-HANDLUNG

Franz T. Schwarz

Rechtsanwalt in London und Frankfurt/M.
§ 51

Timm Sperber, LL.M.

Staatsanwalt in Mannheim
§ 20

Dr. Jan Sprafke, LL.M. Eur.

Syndikusrechtsanwalt und Rechtsanwalt in Düsseldorf
§ 52 A

Dr. Matthias Ulshöfer

Rechtsanwalt in Stuttgart
§§ 27, 38

Prof. Dr. Sven B. Völcker, LL.M.

Rechtsanwalt in Brüssel
§§ 6, 9, 11, 12

Dr. Dominique Wagener, LL.M.

Rechtsanwältin in Frankfurt/M.
§ 19 H–J

Daria Werner

Rechtsanwältin in Berlin
§§ 46, 47

Prof. Dr. Wolfgang Wurmnest, LL.M.

Universität Hamburg
§§ 44, 45

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XLIX

1. Teil Einleitung

§ 1 Kartellverfahren und Kartellprozess – ein Handbuch über die Durchsetzung des Kartellrechts	1
§ 2 Geschichtliche, systematische und theoretische Grundlagen	6
§ 3 Grundlagen der Rechtsdurchsetzung im System des europäischen und deutschen Kartellrechts	18
§ 4 Internationale Zusammenhänge	33
§ 5 Politische und ökonomische Theorie und Diskussion der Durchsetzung des Kartellrechts	39

2. Teil Kartellverfahren

1. Abschnitt Kartellverfahren in der Europäischen Union	43
§ 6 Kartellverfahren vor der Europäischen Kommission – Allgemeines	43
§ 7 Verfahrenseinleitung	59
§ 8 Ermittlungsbefugnisse	98
§ 9 Anwaltsprivileg im europäischen Wettbewerbsrecht	131
§ 10 Weiterer Gang des Verwaltungsverfahrens	143
§ 11 Entscheidungsarten	204
§ 12 Beweisrecht	235
§ 13 Sanktionen	247
§ 14 Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Europäischen Kommission im Kartellrecht	310
§ 15 Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden und der Gerichte in der Europäischen Union in Verwaltungs- und Bußgeldverfahren	359
2. Abschnitt Kartellrecht im digitalen Sektor	393
§ 16 Digital Markets Act	393
3. Abschnitt Kartellverfahren in Deutschland	404
§ 17 Einleitung	404
§ 18 Verwaltungsverfahren	428
§ 19 Ordnungswidrigkeitenverfahren	515
§ 20 Kartellstrafrecht	700
4. Abschnitt Internationale Zusammenhänge	748
§ 21 Völkerrechtliche Grundlagen	748
§ 22 Internationale Zusammenarbeit der Kartellbehörden – Internationales Netzwerk der Kartellbehörden	751
§ 23 Informationsaustausch und Verwertung von Informationen als Beweismittel	757

Inhaltsübersicht

3. Teil Kartellprozess

1. Abschnitt Einleitung und Überblick	771
§ 24 Stellung der privaten Rechtsdurchsetzung im Gesamtsystem der Kartellrechtsdurchsetzung	771
§ 25 EU-rechtliche Grundlagen des Kartellprozesses	776
2. Abschnitt Kartellrechtlicher Schadensersatz	805
§ 26 Grundlagen	805
§ 27 Aktivlegitimation im Kartellzivilprozess	825
§ 28 Kollektive Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen	907
§ 29 Kartellrechtswidriges Verhalten	916
§ 30 Schaden bei Kartellen	952
§ 31 Schaden bei anderen Kartellrechtsverstößen	1081
§ 32 Ökonomische Grundlagen der Schadensberechnung	1095
§ 33 Anspruch auf Verzinsung des Schadens	1135
§ 34 Verjährung	1138
§ 35 Zugang zu Beweismitteln	1150
§ 36 Schutz von Geschäftsgeheimnissen	1171
§ 37 Sonstige Fragen der prozessualen Durchsetzung	1188
§ 38 Gesamtschuldnerische Haftung der Kartellbeteiligten	1234
§ 39 Nichtdeliktische Anspruchsgrundlagen	1262
§ 40 Vergleiche über kartellrechtlichen Schadensersatz	1275
3. Abschnitt Sonstige Bedeutung des Kartellrechts im Zivilprozess	1283
§ 41 Unterlassungs- und Beseitigungsprozesse	1283
§ 42 Vorteilsabschöpfung durch Verbände	1321
§ 43 Kartellrecht als Einwendung	1332
4. Abschnitt Internationales Privat- und Prozessrecht	1351
§ 44 Internationale Zuständigkeit	1351
§ 45 Durchführung des Verfahrens bei internationalen Sachverhalten	1413
§ 46 Bestimmung des anwendbaren Rechts	1453
§ 47 Anerkennung und Vollstreckung	1471
5. Abschnitt Ausländische Rechtsordnungen und Schiedsgerichtsbarkeit	1485
§ 48 USA	1485
§ 49 Großbritannien	1499
§ 50 Andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union	1521
§ 51 Kartellrecht und Schiedsverfahren	1545

4. Teil Unternehmenspraxis

§ 52 Kartellrechtliche Compliance	1571
§ 53 Interne kartellrechtliche Untersuchungen	1607
§ 54 Strategien zur Reaktion auf Kartellverstöße	1636
§ 55 Unternehmen, Organe und Mitarbeiter als Betroffene von Kartellverfahren und Kartellprozessen	1661
§ 56 Unternehmen als Geschädigte von Kartellen	1677
Sachregister	1711

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XLIX

1. Teil Einleitung

§ 1 Kartellverfahren und Kartellprozess – ein Handbuch über die Durchsetzung des Kartellrechts	1
A. Kartellrecht und Kartellrechtsdurchsetzung als Gegenstand von Wissenschaft und Praxis im Wandel	1
B. Gegenstand, Inhalt und Konzept des Handbuchs	4
§ 2 Geschichtliche, systematische und theoretische Grundlagen	6
A. Durchsetzung des Kartellrechts im geschichtlichen Überblick	6
B. Systematische und begriffliche Grundlagen der Durchsetzung des Kartellrechts	11
I. Kartellrecht als einheitliches System eines Marktverhaltens- und Sanktionsrechts	11
II. Instrumente der Durchsetzung des Kartellrechts	12
1. Öffentliche Kartellrechtsdurchsetzung	12
2. Private Kartellrechtsdurchsetzung	14
3. Strafrechtliche Kartellrechtsdurchsetzung	15
C. Funktionen der Durchsetzung des Kartellrechts	16
§ 3 Grundlagen der Rechtsdurchsetzung im System des europäischen und deutschen Kartellrechts	18
A. Verfassungspolitische Grundlagen – Wettbewerbsschutz im Binnenmarkt ...	19
B. Materielle rechtliche Grundlagen – Kartellrechtliche Verbots- und Rechtfertigungstatbestände	21
I. Kartellverbot (Art. 101 AEUV und §§ 1 ff. GWB)	21
1. Tatbestand	21
2. Rechtfertigung – Freistellung	22
II. Missbrauchsverbot (Art. 102 AEUV und §§ 18 ff. GWB)	23
1. Marktbeherrschung	24
2. Missbrauch	24
3. Rechtfertigung	25
4. Deutsche Sondermissbrauchstatbestände	25
C. Grundlagen der Durchsetzung des europäischen Kartellrechts	25
I. Durchsetzungsinstrumente im Überblick	25
II. Allgemeine Grundsätze der Durchsetzung des Kartellrechts	27
1. Unmittelbare Anwendbarkeit	27
2. Beweislast	28
3. Vorrangverhältnis von europäischem zum mitgliedstaatlichen Kartellrecht	28
4. Vorgaben für eine effektive Durchsetzung des Kartellrechts (effet utile)	29
5. Einheitlichkeit und Kohärenz der Durchsetzung des Kartellrechts	30
III. Grundrechtliche Vorgaben für die Durchsetzung des Kartellrechts ...	31

§ 4 Internationale Zusammenhänge	33
A. Völkerrechtliche Vorgaben	33
B. Räumliche Anwendung des Kartellrechts in der internationalen Praxis	34
C. Verhältnis zum Kartellrecht von Drittstaaten	36
§ 5 Politische und ökonomische Theorie und Diskussion der Durchsetzung des Kartellrechts	39
2. Teil Kartellverfahren	
1. Abschnitt Kartellverfahren in der Europäischen Union	43
§ 6 Kartellverfahren vor der Europäischen Kommission – Allgemeines	43
A. Grundlagen des Kartellverfahrens	43
I. Überblick und Rechtsnatur	43
II. Modernisierung des Kartellverfahrens	44
B. Rechtsstaatlichkeit des Kartellverfahrens	46
I. Verfahrensgarantien im Kartellverfahren	46
II. Kritik an der Rechtsstaatlichkeit des Kommissionsverfahrens	48
C. Aufgaben und Beschlussfassung der Europäischen Kommission	50
I. Die Europäische Kommission	50
II. Beschlussfassung der Europäischen Kommission	50
III. Die Generaldirektion Wettbewerb	51
D. Rechtsquellen des Kartellverfahrensrechts	52
I. Primärrecht	52
II. Sekundärrecht	52
III. Leitlinien der Europäischen Kommission	53
E. Überblick über die Ermittlungs- und Entscheidungsbefugnisse im Kartellverfahren	55
F. Überblick über die Rechtsmittel	56
G. Internationale Zusammenarbeit	56
I. Das Netzwerk der europäischen Kartellbehörden	56
II. Zusammenarbeit mit anderen Kartellbehörden	57
§ 7 Verfahrenseinleitung	59
A. Allgemeines	60
B. Kronzeugenanträge	61
I. Gemeinsame Voraussetzungen für alle Kronzeugenanträge	63
1. Offenlegung der eigenen Beteiligung an einem Kartell	63
2. Antrag	65
3. Erfüllung der Kooperationspflichten	66
4. Beendigung des Kartells	67
II. Besondere Voraussetzungen für den Bußgelderlass	68
1. Erster Antragsteller	68
2. Ermöglichung einer gezielten Nachprüfung oder der Feststellung der Zuwiderhandlung	68
3. Keine Zwangsausübung	70
III. Besondere Voraussetzungen für die Bußgeldermäßigung	71
1. Zeitgerechter Ermäßigungsantrag	71
2. Vorlage von Beweismitteln von erheblichem Mehrwert	71
IV. Rechtsfolgen	73
1. Geldbußenerlass	73
2. Geldbußenermäßigung	74
3. Teilweiser Geldbußenerlass	77

V. Verfahren	78
1. Kontakt mit der Generaldirektion Wettbewerb	78
2. Förmlicher Antrag in Form einer Unternehmenserklärung	79
3. Besonderheiten bei Erlassantrag	83
VI. Kronzeugenanträge in der EU und im EWR	85
1. ECN+-RL	85
2. Wahl der Behörde(n)	86
3. Kurzanträge	87
4. Sanktionen gegen natürliche Personen	88
5. Austausch von Informationen und Beweismitteln zwischen den Behörden	89
VII. Kronzeugenanträge bei internationalen Kartellen	90
C. Beschwerden	91
I. Allgemeines	91
II. Behandlung von Beschwerden durch die Kommission	92
1. Einreichung der Beschwerde	92
2. Prüfung der Beschwerde	93
III. Verfahren	95
IV. Rechtsschutz	96
§ 8 Ermittlungsbefugnisse	98
A. Nachprüfungen	100
I. Allgemeines	100
II. Voraussetzungen und Verfahren angeordneter Nachprüfungen	101
1. Anfangsverdacht	101
2. Inhalt des Nachprüfungsbeschlusses	101
3. Verfahren	104
4. Bekanntgabe des Nachprüfungsbeschlusses	105
5. Rechtsfolgen	105
III. Voraussetzungen und Verfahren einfacher Nachprüfungen	106
1. Anfangsverdacht	106
2. Inhalt des schriftlichen Auftrags	106
3. Verfahren	106
4. Zustimmung des Unternehmens	106
IV. Befugnisse der Kommission	106
1. Betreten von Räumlichkeiten	106
2. Prüfung der Geschäftsunterlagen	107
3. Kopien und Auszüge	111
4. Versiegelung	112
5. Befragungen	112
V. Gerichtliche Kontrolle	113
1. Unionsgerichtliche Kontrolle	113
2. Kontrolle durch Gerichte der Mitgliedstaaten	114
B. Auftragsnachprüfungen durch Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten	115
I. Einführung	115
II. Amtshilfe zwischen nationalen Wettbewerbsbehörden	115
III. Ersuchen der Kommission	116
C. Auskunftsverlangen	116
I. Verfahren	116
II. Voraussetzungen	119
1. Erfüllung der der Kommission übertragenen Aufgaben	119
2. Inhalt des Auskunftsverlangens	119

III. Umfang der Auskunftspflicht	121
1. Erforderlichkeit der Information	121
2. Kein unverhältnismäßiger Aufwand	122
3. Verbot der Selbstbeziehung	123
4. Anwaltsprivileg	124
5. Schutz von Geschäftsgeheimnissen	124
6. Schutz von persönlichen Daten	124
7. Gleichbehandlung	125
D. Befugnis zur Befragung	125
I. Einführung	125
II. Voraussetzungen	126
III. Ermessen	126
IV. Durchführung	127
V. Verwertung	127
VI. Sanktionsmöglichkeiten	128
VII. Beteiligung nationaler Wettbewerbsbehörden	128
E. Sektoruntersuchungen	128
I. Eingriffsschwelle	129
II. Ermittlungsbefugnisse	129
III. Verwertung der erlangten Informationen	130
IV. Abschlussbericht	130
V. Rechtsschutz	130
§ 9 Anwaltsprivileg im europäischen Wettbewerbsrecht	131
A. Herleitung	131
B. Bedeutung im Wettbewerbsrecht	133
C. Umfang des Schutzes	134
I. Persönlicher Schutzbereich	134
II. Sachlicher Schutzbereich	136
III. Zeitlicher Schutzbereich	138
IV. Verzicht auf das Anwaltsprivileg	138
D. Adressaten	139
E. Geltendmachung im Kommissionsverfahren	139
F. Praktische Hinweise	141
I. Zusammenfassung: rechtlich privilegierte Dokumente	141
II. Vorbereitende Maßnahmen	141
III. Zur Handhabung von Durchsuchungen	142
§ 10 Weiterer Gang des Verwaltungsverfahrens	143
A. Verfahrensgrundsätze	145
I. Verteidigungsrechte der Betroffenen	146
II. Schutz von Geschäftsgeheimnissen	148
III. Die Rolle des Anhörungsbeauftragten	149
B. Gespräch zur einvernehmlichen Verfahrensbeendigung („Settlement“)	150
I. Grundsätze des Vergleichsverfahrens	152
1. Kein abweichendes Verfahren in der Ermittlungsphase	152
2. Vereinfachungen in der kontradiktorischen Phase	152
3. Angebot des Vergleichsverfahrens im Ermessen der Kommission	152
4. Freiwillige Teilnahme der Parteien	153
5. Für alle Parteien zeitgleiche und bilaterale Vergleichsgespräche	153
6. Wahrung der Verteidigungsrechte	154
7. Vertraulichkeit	154

II. Bußgeldermäßigung um 10% und weitere Vergleichsvorteile	155
III. Auswahl der geeigneten Fälle	156
1. Anzahl der Parteien	156
2. Interesse der Parteien	156
3. Beweislage	157
4. Haftungszurechnung	157
5. Vorliegen erschwerender Umstände	157
6. Präzedenzfall	157
7. Verfahrensstand in Wettbewerbsverfahren außerhalb des EWR	157
8. Gesamtabwägung	157
IV. Ablauf des Vergleichsverfahrens	158
1. Einleitung des Vergleichsverfahrens	158
2. Vergleichsgespräche	160
3. Vergleichsausführungen	162
4. Mitteilung der Beschwerdepunkte und Erwiderung	162
V. Der Beschluss im Vergleichsverfahren	162
VI. Gerichtliche Kontrolle von Vergleichsbeschlüssen	163
VII. Besonderheiten „hybrider“ Fälle	164
VIII. Schutz der Vergleichsdokumente	166
IX. Überblick über die Beschlüsse, die bislang im Vergleichsverfahren entschieden wurden	167
C. Mitteilung der Beschwerdepunkte	169
I. Funktion im Verfahren	169
II. Formalia	169
III. Inhalt	170
1. Vorgeworfene Zuwiderhandlung und Beweismittel	170
2. Ankündigung von Geldbußen und/oder Abhilfemaßnahmen	171
IV. Neue Tatsachen oder Beweismittel	172
V. Rechtsfolgen von Verletzungen des Anhörungsrechts	173
D. Akteneinsicht	174
I. Akteneinsichtsrecht der Parteien	174
1. Allgemeines	174
2. Umfang der Akteneinsicht	175
3. Verfahren/Rechtsschutz	180
II. Akteneinsicht durch Dritte	184
III. Zugang zur Akte der Kommission nach der VO (EG) Nr. 1049/2001 (Transparenz-VO)	184
1. Allgemeines	185
2. Vermutung für das Vorliegen einer Ausnahme vom Zugangsrecht	185
3. Widerlegung der Vermutung bzw. Nachweis eines überwiegenden öffentlichen Interesses am Zugang	186
4. Zugang zu bestimmten Dokumenten	188
5. Verfahren	189
IV. Zugang zu Dokumenten aus der Akte nach der RL 2014/104/EU, § 89c GWB	190
E. Anhörung	192
I. Schriftliche Stellungnahme	192
II. Mündliche Anhörung	193
1. Allgemeines/Organisatorisches	193
2. Durchführung	194
3. Zwischenbericht des Anhörungsbeauftragten	196

III. Weitere Ermittlungen, ergänzende Mitteilung der Beschwerdepunkte und Tatbestandsschreiben	196
F. State of Play Meetings	197
G. Entscheidung	197
I. Kollegialitätsprinzip und Delegation	197
II. Abstimmung zwischen den Dienststellen der Kommission	199
III. Anhörung des Beratenden Ausschusses	199
IV. Annahme des Beschlusses	199
V. Bekanntgabe an Adressaten	200
H. Veröffentlichung	200
I. Veröffentlichung des Beschlusses	200
II. Von der Veröffentlichung ausgenommene Angaben	201
1. Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen	201
2. Personenbezogene Daten und Angaben zu ursprünglich Beschuldigten	201
3. Verfahren	202
§ 11 Entscheidungsarten	204
A. Feststellung und Abstellung von Zuwiderhandlungen nach Art. 7 VO 1/2003	205
I. Abstellungsverfügungen	206
1. Voraussetzungen	206
2. Entscheidungsinhalt	206
3. Anforderungen an Bestimmtheit und Verhältnismäßigkeit	208
4. Wirkungen der Entscheidung	209
II. Feststellungsentscheidungen	210
1. Beendete Zuwiderhandlung	210
2. Feststellungsinteresse der Kommission	210
B. Anordnung einstweiliger Maßnahmen gem. Art. 8 VO 1/2003	211
I. Voraussetzungen	212
1. Prima facie Zuwiderhandlung gegen Art. 101, 102 AEUV	212
2. Ernster, nicht wieder gut zu machender Schaden für den Wettbewerb/Dringlichkeit	212
II. Verfahren	213
III. Inhalt und Wirkung	214
1. Inhalt	214
2. Wirkung	215
C. Zusagenentscheidungen gem. Art. 9 VO 1/2003	215
I. Voraussetzungen	216
1. Einleitung eines förmlichen Verfahrens	216
2. Absicht zum Erlass einer Abstellungsverfügung, aber keines Bußgeldbescheids	216
3. Mitteilung der vorläufigen Beurteilung durch die Kommission	218
II. Verfahren	218
1. Angebot von Verpflichtungszusagen	218
2. Markttest	219
3. Anhörung des Beratenden Ausschusses	220
4. Annahme der Zusagen durch die Kommission	220
5. Akteneinsicht	220
6. Rechtliches Gehör	221
III. Inhalt und Wirkung von Zusagenentscheidungen	222
1. Inhalt der Entscheidung nach Art. 9 VO 1/2003	222

2.	Inhalt der Zusagen	222
3.	Einsetzung eines Überwachungstreuhänders („Monitoring Trustee“)	225
4.	Wirkung der Entscheidung nach Art. 9 VO 1/2003	226
IV.	Wiederaufnahme des Verfahrens	228
1.	Änderung der tatsächlichen Verhältnisse	228
2.	Nichteinhaltung von Verpflichtungszusagen	229
3.	Falsche oder unvollständige Angaben	229
D.	Feststellung der Nichtanwendbarkeit gem. Art. 10 VO 1/2003	230
I.	Voraussetzungen	230
1.	Förmliches Verfahren	230
2.	Öffentliches Unionsinteresse	230
II.	Verfahren	230
III.	Inhalt und Wirkung	231
IV.	Beratungsschreiben	232
§ 12	Beweisrecht	235
A.	Allgemeines	236
B.	Formelle Beweislast (Beweisführungslast) und Amtsermittlungsgrundsatz ...	237
I.	Kommissionsverfahren	237
II.	Nationale Verfahren	238
C.	Materielle Beweislast (Feststellungslast)	238
D.	Beweismaß	240
I.	Kommissionsverfahren	240
II.	Nationale Verfahren	241
E.	Beweiswürdigung	241
I.	Kommissionsverfahren	241
II.	Nationale Verfahren	243
F.	Beweismittel	243
I.	Kommissionverfahren	243
II.	Nationale Verfahren	246
§ 13	Sanktionen	247
A.	Einführung	249
B.	Geldbußen	250
I.	Allgemeines	250
1.	Verfahrensrechtliche und materielle rechtliche Verstöße	250
2.	Zweck und Rechtsnatur von Geldbußen	251
3.	Vereinbarkeit mit Grundrechtscharta und EMRK	252
4.	Ne bis in idem	254
5.	Verschuldenserfordernis	256
6.	Ermessen und Ermessensbindung	258
II.	Adressaten	258
1.	Unternehmen und Unternehmensvereinigungen als Normadressaten	258
2.	Bestimmung der Adressaten der Geldbuße im Unternehmen	260
3.	Folgen gemeinschaftlicher Haftung im Unternehmen	266
III.	Verstöße gegen verfahrensrechtliche Vorschriften	267
1.	Allgemeines	267
2.	Bußgeldtatbestände	267
3.	Bemessung der Geldbuße	269
IV.	Verstöße gegen Art. 101 und 102 AEUV	270
1.	Ermessensbindung durch Bußgeldleitlinien	270
2.	Überblick über Berechnungsmethode	271

3. Bestimmung des Grundbetrags	271
4. Erschwerende Umstände	279
5. Mildernde Umstände	283
6. Abschreckungsmultiplikator	289
7. Abschöpfung des durch den Wettbewerbsverstoß erzielten Gewinns	290
8. 10% Kappungsgrenze	291
9. Immunität und Bußgeldreduktion wegen Kooperation	294
10. Vergleichsverfahren	294
11. Zahlungsunfähigkeit (ITP)	294
12. Abweichende Bestimmung der Geldbuße im Einzelfall	296
V. Verstöße gegen Verpflichtungszusagen	297
C. Zwangsgelder	299
I. Allgemeines	299
II. Zwangsgeldtatbestände	299
III. Verfahren für die Verhängung eines Zwangsgelds	300
IV. Bemessung des verhängten Zwangsgelds	301
D. Verjährung	302
I. Überblick	302
II. Verfolgungsverjährung	302
1. Allgemeines	302
2. Beginn der Verfolgungsverjährung	303
3. Unterbrechung der Verfolgungsverjährung	304
4. Ruhen der Verfolgungsverjährung	305
5. Verhältnis zum grundrechtlichen Anspruch auf eine angemessene Verfahrensdauer	306
III. Vollstreckungsverjährung	307
1. Allgemeines	307
2. Beginn der Vollstreckungsverjährung	308
3. Unterbrechung der Vollstreckungsverjährung	308
4. Ruhen der Vollstreckungsverjährung	309
§ 14 Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Europäischen Kommission im Kartellrecht	310
A. Einleitung	311
B. Nichtigkeitsklage	312
I. Zulässigkeit	312
1. Anfechtbare Rechtsakte	312
2. Klageberechtigung	315
3. Rechtsschutzbedürfnis	316
4. Klagefrist	317
II. Begründetheit	317
1. Unzuständigkeit	317
2. Verletzung wesentlicher Formvorschriften	318
3. Verletzung der Verträge durch die Kommission	321
4. Ermessensmissbrauch	328
III. Urteil	328
C. Untätigkeitsklage	329
I. Zulässigkeit	330
II. Begründetheit und Urteil	331
D. Schadensersatzklage	332
I. Zulässigkeit	332

II. Begründetheit	333
1. Hinreichend qualifizierter Rechtsverstoß	334
2. Schaden und Kausalität	335
E. Vorläufiger Rechtsschutz gegen Entscheidungen der Kommission	337
F. Rechtsmittel	339
I. Zulässigkeit	339
1. Gegenstand des Rechtsmittels	339
2. Rechtsmittelberechtigung und Rechtsschutzbedürfnis	340
3. Beschränkung auf Rechtsfragen des Unionsrechts	341
4. Beschränkung auf den erstinstanzlichen Streitgegenstand	342
5. Anforderungen an die Rechtsmittelschrift	343
6. Rechtsmittelfrist	344
7. Anschlussrechtsmittel	344
II. Begründetheit	345
1. Unzuständigkeit des EuG	345
2. Verfahrensfehler des EuG	345
3. Verletzung des Unionsrechts durch das EuG	348
III. Entscheidung über das Rechtsmittel	350
G. Besondere Verfahrensarten	351
H. Allgemeines zum Verfahrensablauf vor den Unionsgerichten	352
I. Streithilfe	357
§ 15 Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden und der Gerichte in der Europäischen Union in Verwaltungs- und Bußgeldverfahren	359
A. Verfahren der Kommission und Unionsgerichte	360
I. Vorrang der Zuständigkeit der Kommission	360
II. Pflichten der nationalen Behörden zur Unterstützung der Kommission	361
1. Auskunftsverlangen	361
2. Nachprüfungsbefugnisse	362
3. Vertikale Amtshilfe	362
4. Informationsaustausch	363
III. Vorrang des Verfahrens der Kommission und Unionsgerichte vor Verfahren der Gerichte und Behörden der Mitgliedstaaten im Rahmen des Art. 16 VO 1/2003	363
1. Grundsätze	363
2. Vorrang der Kommissionsentscheidung gegenüber Entscheidungen nationaler Gerichte	364
3. Vorrang der Kommissionsentscheidung gegenüber Entscheidungen nationaler Wettbewerbsbehörden	367
4. Folgen der Nichtbeachtung	368
B. Verfahren der Wettbewerbsbehörden und Gerichte der Mitgliedstaaten	368
I. Befugnisse zur Durchsetzung des europäischen Kartellrechts	368
1. Pflicht zur Anwendung von Art. 101 und 102 AEUV	368
2. Zuständigkeit und Entscheidungsbefugnisse der nationalen Wettbewerbsbehörden	368
3. Zuständigkeit der nationalen Gerichte	370
II. Die Zusammenarbeit zwischen Kommission und den Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten im Netz der Wettbewerbsbehörden (ECN)	371
1. Grundsätze der Fall- und Aufgabenverteilung	372
2. Einzelheiten der Fall- und Aufgabenverteilung	373

3. Sicherstellung der kohärenten Anwendung der Art. 101 und 102 AEUV	377
4. Aufgreifbefugnis durch die Kommission	378
5. Rechtsschutz	379
6. Besonderheiten bei Kronzeugenanträgen	380
7. Aussetzung und Einstellung des Verfahrens bei Bearbeitung durch eine andere Behörde	381
8. Ne bis in idem-Grundsatz	382
9. Beratender Ausschuss für Kartell- und Monopolfragen	385
III. Zusammenarbeit im gerichtlichen Verfahren	385
1. Übermittlung von Informationen durch die Kommission	387
2. Abgabe von Stellungnahmen durch die Kommission	389
3. Stellungnahme der Kommission aus eigener Initiative	389
4. Übermittlung von Urteilen nationaler Gerichte	390
5. Beteiligung der nationalen Wettbewerbsbehörden	390
C. Digital Markets Act	391
I. Zusammenarbeit und Koordinierung mit nationalen Behörden	391
II. Zusammenarbeit mit nationalen Gerichten	392
III. Hochrangige Gruppe	392
2. Abschnitt Kartellrecht im digitalen Sektor	393
§ 16 Digital Markets Act	393
A. Grundlagen	394
I. Entstehungsgeschichte und Ziele	394
II. Anwendungsbereich und Definitionen	394
III. Mechanismus, Ziele und Prinzipien	395
IV. Verhältnis zu EU- und nationalem Wettbewerbsrecht	396
B. Benennung von Torwächtern (Artikel 3)	397
C. Pflichtenkatalog	398
I. Verpflichtungen in Art. 5	398
II. Verpflichtungen in Art. 6	400
III. Verpflichtung zur Interoperabilität nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste (Artikel 7)	402
D. Durchsetzung, Verfahren und Institutionen	402
I. Durchsetzung durch die Kommission	402
II. Private Durchsetzung	403
3. Abschnitt Kartellverfahren in Deutschland	404
§ 17 Einleitung	404
A. Kartellverfahren und Verfolgungsbehörden	404
B. Zuständigkeitsbereiche der Kartellbehörden	405
I. Zuständigkeitsverteilung für die Anwendung des nationalen Kartellrechts	405
1. Grundlagen	405
2. Originäre Zuständigkeitsverteilung	406
3. Zuständigkeit kraft einvernehmlicher Abgabe	408
4. Verhältnis zur sektorspezifischen Regulierung der Bundesnetzagentur	411
5. Streitige Zuständigkeit der Kartellbehörden	413

II. Zuständigkeitsverteilung für die Anwendung der Europäischen Wettbewerbsregeln	414
1. Zuständigkeit von Kommission und nationalen Kartellbehörden	414
2. Nationale Zuständigkeitsverteilung für den Vollzug des Europäischen Rechts	423
C. Aufbau und Arbeitsweise des Bundeskartellamts	424
I. Justizförmigkeit	424
II. Arbeitsweise in der Praxis	426
§ 18 Verwaltungsverfahren	428
A. Arten des Verfahrens (Einleitung des Verfahrens)	431
I. Amtsverfahren	432
II. Antragsverfahren	433
B. Verfahrensbeteiligte	434
I. Beteiligung kraft Gesetzes	435
1. Antragsteller	435
2. Verfahrensbetroffene	436
3. Veräußerer	437
4. Bundeskartellamt	437
II. Beteiligung kraft Beiladung	437
1. Erhebliche Interessenberührung	438
2. Ermessensentscheidung	440
3. Zeitpunkt der Beiladung	444
4. Wirkung, Umfang und Dauer der Beiladung	445
C. Ermittlungsbefugnisse	446
I. Untersuchungsgrundsatz	446
II. Auskunftsrechte	448
1. Anwendungsbereich	448
2. Berechtigte Behörden	450
3. Allgemeine Voraussetzungen	450
4. Adressaten, Auskunftspflichtige	454
5. Gegenstand des Auskunftsverlangens	455
6. Pflicht zur Herausgabe von Unterlagen	456
7. Form, Fristen	457
8. Einschränkungen der Auskunftspflicht	458
III. Einsichts- und Prüfungsrechte	460
1. Adressaten und Mitwirkungspflichten	461
2. Umfang und Grenzen	461
3. Formelle Voraussetzungen	462
IV. Durchsuchungen	463
1. Adressaten, Umfang und Grenzen	463
2. Formelle Voraussetzungen	464
V. Beschlagnahme	465
1. Gegenstand und Grenzen der Beschlagnahme	465
2. Formelle Voraussetzungen und Verfahren	467
VI. Beweis durch Augenschein, Zeugen und Sachverständige	468
1. Augenscheinsbeweis	468
2. Zeugenvernehmung	468
3. Sachverständige	469
4. Rechtsmittel	469
VII. Zwangsmittel	470

D. Verfahrensregeln und Verfahrensablauf	471
I. Förmlichkeit des Verfahrens	471
II. Anspruch auf rechtliches Gehör	472
III. Recht auf Akteneinsicht	474
IV. Öffentliche mündliche Verhandlung	476
V. Vorabentscheidung über Zuständigkeit (§ 55 GWB)	476
VI. Einstweilige Maßnahmen (§ 60 GWB)	477
1. Formelle Voraussetzungen	477
2. Materielle Voraussetzungen	478
3. Rechtsmittel	480
E. Verfahrensabschluss	480
I. Verfügung	480
1. Formelle Anforderungen	481
2. Bekanntmachung	483
3. Vollstreckung	485
II. Verfahrenseinstellung	485
III. Gebührenpflichtigkeit	486
F. Rechtsschutz	487
I. Beschwerde	488
1. Zuständigkeit des Beschwerdegerichts	488
2. Zulässigkeit	488
3. Frist und Form	493
4. Aufschiebende Wirkung	494
5. Verfahren vor dem Beschwerdegericht	496
6. Beschwerdeentscheidung	498
II. Rechtsbeschwerde	501
1. Zulässigkeit	501
2. Umfang der Nachprüfung	503
3. Nichtzulassungsbeschwerde	503
III. Kosten	504
G. Anspruch auf Informationszugang nach § 56 Abs. 5 GWB	505
I. Allgemeines	505
II. Anspruchsvoraussetzungen und Anspruchsinhalt	506
1. Dritte	506
2. Berechtigtes Interesse	506
3. Einsicht in Akten	508
4. Ermessen der Kartellbehörde – Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	509
III. Versagungsgründe	509
1. Generalklausel der „wichtigen Gründe“	510
2. Sicherstellung der ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben der Behörde	510
3. Wahrung des Geheimschutzes	511
4. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	512
5. Wahrung schutzwürdiger Interessen des Betroffenen	513
IV. Verfahren und Rechtsschutz	514
§ 19 Ordnungswidrigkeitenverfahren	515
A. Überblick	519
B. Grundzüge des Ordnungswidrigkeitenrechts bei Kartellrechtsverstößen	521
I. Überblick über bußgeldbewährte Kartellrechtsverstöße	521
II. Art und Weise der Begehung einer Kartellordnungswidrigkeit	523
1. Täterschaft und Teilnahme	523

2. Begehen durch Unterlassen	524
3. Aufsichtspflichtverletzung	525
4. Subjektiver Tatbestand, Schuld	527
III. Bußgeldhaftung natürlicher und juristischer Personen	528
1. Bußgeldhaftung juristischer Personen	528
2. Bußgeldhaftung natürlicher Personen	532
IV. Rechtskraft, Strafklageverbrauch etc	533
1. Sperrwirkung in Bezug zu weiteren Verfahren gegen dieselbe Person	533
2. „Doppelte“ Bebußung der juristischen Person und ihrer Vertreter	536
C. Verfahrenseröffnung	537
D. Ermittlungsbefugnisse	540
I. Überblick	540
II. Durchsuchungen	541
III. Sicherstellung von Beweisgegenständen	547
IV. Vernehmungen	552
V. Auskunftsverlangen	557
VI. Sachverständige	560
VII. Freiwillige Kooperationsbeiträge im Rahmen des Kronzeugenprogramms	560
E. Verfahrensrechte	563
I. Selbstbelastungsfreiheit	564
II. Rechtliches Gehör	564
III. Beistand durch einen Verteidiger	565
IV. Akteneinsicht	566
V. Rechtsbehelfe	569
F. Beweisrecht	570
G. Verfahrensabschluss	575
H. Sanktionen	579
I. Überblick und Novellen	579
II. Verfolgungsverjährung	582
III. Anwendung des Günstigerprinzips	586
IV. Anwendung des Kumulationsprinzips bei Tatmehrheit	588
V. Verbandsgeldbuße nach § 30 OWiG	589
VI. Geldbuße wegen Aufsichtspflichtverletzung nach § 130 OWiG	589
VII. Bußgeldreduktion bei fahrlässiger Tatbegehung	590
VIII. Weitere Bußgeldhaftungssubjekte	591
1. Gesamtrechtsnachfolge nach OWiG	592
2. Muttergesellschaftshaftung samt Gesamtrechtsnachfolge	594
3. Haftung des wirtschaftlichen Nachfolgers	596
4. Ausfallhaftung im Übergangszeitraum	597
IX. Rückgriff auf die Mitglieder von Unternehmensvereinigungen	599
X. Bußgeldrahmen	603
1. Vorgehen bei Bußgeldberechnung	603
2. Schwere der Kartellordnungswidrigkeit	603
3. Feste Höchstbeträge	603
4. Umsatzbezogener Bußgeldrahmen für Unternehmen und Unternehmensvereinigungen	604
XI. Bußgeldzumessung	614
1. Grundlagen	614
2. Allgemeine Zumessungskriterien	617

3. Spezielle Zumessungskriterien für Unternehmen und Unternehmensvereinigungen	629
4. Bußgeldleitlinien des BKartA	637
5. Bußgeldreduzierung wegen Kooperation	648
XII. Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils	651
XIII. Verzinsung von Bußgeldern	653
XIV. Zahlungserleichterungen	655
XV. Dinglicher Arrest	656
XVI. Steuerrechtliche Behandlung von Bußgeldern	657
XVII. Sonstige Sanktionen	658
1. Eintragung in das Wettbewerbsregister	658
2. Ausschluss von Vergabeverfahren	659
3. Eintragung in das Gewerbezentralregister	662
4. Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils	662
I. Vergleichsverfahren	664
I. Die Entwicklung des Vergleichsverfahrens in Deutschland	664
II. Rechtsgrundlage und Ermessen	665
1. Rechtsgrundlage	665
2. Ermessen der Behörde	666
III. Vor- und Nachteile eines Settlements	666
IV. Ablauf des Settlement-Verfahrens	668
V. Inhalt der Settlement-Erklärung	669
VI. Rechtsfolgen und Rechtsmittel	670
1. Rechtsfolgen	670
2. Rechtsmittel	670
VII. Hybride Settlements	671
J. Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Ordnungswidrigkeitenverfahren	671
I. Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid	671
1. Allgemeines	671
2. Zwischenverfahren	673
3. Rücknahme des Einspruchs	675
4. Akteneinsicht, Geschäftsgeheimnisse	676
5. Gerichtliches Verfahren	677
6. Verständigung nach § 257c StPO	683
II. Rechtsbeschwerde	685
1. Das Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde	685
2. Zuständigkeit des BGH/Zurückverweisung an das OLG	685
3. Formelle Voraussetzungen der Beschwerde	686
4. Verfahrensgang	686
5. Verfahrens- und Sachrügen	687
6. Beschränkung und Rücknahme der Rechtsbeschwerde	688
K. Akteneinsicht für Verletzte nach § 406e StPO in Bußgeldbescheiden	689
I. Allgemeines	689
II. Anspruchsberechtigung und Umfang	690
1. Verletzteneigenschaft	690
2. Berechtigtes Interesse	691
III. Versagungsgründe – Nichtoffenlegung von schützenswerten Angaben in Bußgeldbescheiden	692
1. Überwiegende Interessen Beschuldigter oder anderer Personen	692
2. Angaben aus Bonusanträgen	696

IV. Verfahren und Rechtsschutz	697
1. Antrag durch einen Rechtsanwalt	697
2. Inhalt des Antrages	697
3. Anhörung der Betroffenen und Beschluss zur Akteneinsicht	697
4. Gewährung der Einsicht und Zweckbindung	698
V. Rechtsmittel	698
1. Beschlüsse des Bundeskartellamtes	698
2. Entscheidungen der GStA Düsseldorf bzw. OLG Düsseldorf	699
§ 20 Kartellstrafrecht	700
A. Straftatbestände	701
I. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB)	701
1. Entstehung/Bedeutung:	701
2. Rechtsgut	702
3. Deliktsnatur	704
4. Tatbestand	705
5. Verjährung	721
6. Konkurrenzen	722
7. Internationale Sachverhalte	723
II. Betrug (§ 263 StGB)	724
1. Bedeutung	724
2. Tatbestand	725
3. Verjährung	732
4. Konkurrenzen	732
B. Zuständigkeiten	733
I. Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft	733
II. Zuständigkeit der Kartellbehörden	734
C. Strafverfahren (ausgewählte Fragen)	735
I. Das Kronzeugenprogramm und das Legalitätsprinzip	735
II. Akteneinsicht insbesondere in den Antrag auf Kronzeugenbehandlung	738
1. Akteneinsicht von Geschädigten	738
2. Akteneinsicht für Justizbehörden	739
3. Akteneinsicht für Verteidiger	739
III. Überwachung der Telekommunikation (§ 100a StPO)	739
1. Zulässigkeit der Überwachung der Telekommunikation	739
2. Verwertung im Verfahren zur Festsetzung der Verbandsgeldbuße	740
D. Rechtsfolgen	742
I. § 153 StPO	742
II. § 153a StPO	743
III. Strafen	745
1. § 298 StGB	745
2. § 263 StGB	745
IV. Vermögensabschöpfung	746
1. Einziehung	746
2. Vermögensarrest zur Sicherung der Wertersatzeinziehung im Ermittlungsverfahren	746
3. Bestimmung des Erlangten iSd § 73 StGB	747
V. Sonstige Folgen	747
1. Ausschluss von Vergabeverfahren	747
2. Eintragung in das Wettbewerbsregister	747

Inhaltsverzeichnis

4. Abschnitt Internationale Zusammenhänge	748
§ 21 Völkerrechtliche Grundlagen	748
§ 22 Internationale Zusammenarbeit der Kartellbehörden – Internationales Netzwerk der Kartellbehörden	751
A. Einleitung	751
B. Die Arbeit und Arbeitsprodukte des ICN	752
§ 23 Informationsaustausch und Verwertung von Informationen als Beweismittel	757
A. Einleitung	757
B. Informationsaustausch des BKartA	758
I. Grundsatz	758
II. Beschränkungen der Weitergabe	759
III. Beschränkungen der Verwertung	760
IV. Rechtshilfeabkommen	760
V. Rechtsschutz	761
1. Informationsweitergabe durch das BKartA	761
2. Verwendung erlangter Informationen durch das BKartA	762
3. Prüfungsumfang	762
C. Informationsaustausch der Kommission	763
I. Einleitung	763
II. Wettbewerbspezifische Verträge	764
III. Allgemeine völkerrechtliche Verträge	765
IV. Memoranda of Understanding	767
V. Rechtsschutz	768
3. Teil Kartellprozess	
1. Abschnitt Einleitung und Überblick	771
§ 24 Stellung der privaten Rechtsdurchsetzung im Gesamtsystem der Kartellrechtsdurchsetzung	771
A. Einleitung	771
B. Verbote, Ansprüche und Einwendungen – Private Durchsetzung des Kartellrechts im Überblick	771
C. Verhältnis von privater und öffentlicher Rechtsdurchsetzung	773
§ 25 EU-rechtliche Grundlagen des Kartellprozesses	776
A. Der unionsrechtliche Kartellschadensersatzanspruch	777
I. Grundlagen der unionsrechtlichen Haftung wegen eines Kartellverstoßes	777
1. Subjektives Recht, Rechtsschutz und Verfahren im Unionsrecht	778
2. Der europäische Staatshaftungsanspruch	779
II. Entstehungsgeschichte, Natur und Rechtsgrundlage des Kartellschadensersatzanspruchs	780
1. Hintergründe: Das europäische Kartellrecht als System effektiv durchzusetzender subjektiver Rechte und die erstmalige Herlei- tung eines Kartellschadensersatzanspruchs durch GA van Gerven	780
2. Das Urteil Courage des EuGH	781
3. Die grundlegenden Entwicklungen nach Courage – insbesondere die Urteile Manfredi und Kone	782

4. Einordnung der Rechtsprechung des EuGH vor dem Hintergrund der Debatte über die Rechtsnatur des europäischen Schadensersatzanspruchs	784
III. Funktionen des unionsrechtlichen Kartellschadensersatzanspruchs	785
IV. Allgemeine unionsrechtliche Haftungsvorgaben	786
1. Haftungstatbestand	786
2. Aktivlegitimation	787
3. Passivlegitimation	787
4. Rechtsfolgen	789
B. Die Richtlinie 2014/104/EU – Sekundärrechtliche Ausformung des unionsrechtlichen Kartellschadensersatzrechts	790
I. Entstehungsgeschichte	790
II. Ziele und Regelungstechnik der RL 2014/104/EU	791
III. Anwendungsbereich	792
IV. Wesentliche Regelungsinhalte	793
1. Inhalt des Schadensersatzanspruchs und Schadensermittlung	794
2. Offenlegung von Beweismitteln	794
3. Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen	796
4. Verjährungsfristen	797
5. Gesamtschuldnerische Haftung	797
6. Schadensabwälzung (Passing-on) und Verortung des Schadens in der Lieferkette	798
7. Einvernehmliche Streitbeilegung	798
V. Wirkung im mitgliedstaatlichen Recht	799
C. Sonstige unionsrechtliche Vorgaben für die private Durchsetzung des Kartellrechts	800
I. Materiell-rechtliche Vorgaben – Internationales Kartellprivatrecht ...	801
1. Vertragliche Schuldverhältnisse	801
2. Außervertragliche Schuldverhältnisse	802
II. Verfahrensrechtliche Vorgaben – Internationales Kartellprozessrecht	802
1. Internationale Zuständigkeit	802
2. Zustellung von Schriftstücken	803
3. Beweis- und Beweisverfahrensrecht	803
4. Anerkennung und Vollstreckung	803
III. Grundsätze für kollektive Rechtsdurchsetzung	804
2. Abschnitt Kartellrechtlicher Schadensersatz	805
§ 26 Grundlagen	805
A. Überblick	805
B. Kartellschadensersatz als integraler Bestandteil eines effektiven Kartellrechts	805
C. Stärkung des Kartellschadensersatzrechts durch Gesetzgeber und höchstrichterliche Rechtsprechung in Deutschland und Europa	809
D. Ausblick: Überwindung faktischer Hindernisse	820
§ 27 Aktivlegitimation im Kartellzivilprozess	825
A. Hintergrund	828
I. Überblick über die gesetzlichen Regelungen	828
1. Eigenständige Regelung der Aktivlegitimation mit der 7. GWB-Novelle über das Konzept der „Betroffenheit“	828

2.	Erweiterungen der Aktivlegitimation mit der 8. GWB-Novelle auf Verbraucherverbände und Unternehmensverbände der vor- und nachgelagerten Marktstufen	829
3.	Neuregelung für Schadensersatzansprüche mit der 9. GWB-Novelle und Aufgabe des Konzeptes der „Betroffenheit“?	829
4.	Vermutung der „Kartellbefangenheit“ mit der 10. GWB-Novelle	830
5.	Erstreckung auf DMA Verstöße mit der 11. GWB-Novelle	830
6.	Zitierweise der Vorschriften des GWB	830
II.	Das Konzept der „Betroffenheit“ aus der 7. GWB-Novelle	831
1.	Anknüpfung an das Schutzgesetzprinzip vor der 7. GWB-Novelle	831
2.	Restriktive Auslegung des Schutzgesetzprinzips über die „Zielgerichtetheit“	831
3.	Verwerfung des „Zielgerichtetheitserfordernisses“ zugunsten der Anspruchsberechtigung des „Betroffenen“	833
4.	Ablehnung des „Zielgerichtetheitserfordernisses“ und Einbeziehung indirekter Abnehmer in den Kreis der Anspruchsberechtigten durch den BGH in Sachen „ORWI“	836
III.	„Betroffenheit“ nach der „Geeignetheitsformel“ des BGH aus der „Schienenkartell II“ Rechtsprechung	837
1.	Überblick über die „Geeignetheitsformel“	837
2.	Kreis der Anspruchsberechtigten nach der „Geeignetheitsformel“	838
3.	Verbliebene Bedeutung der „Betroffenheit“ bei Prüfung des haftungsbegründenden Tatbestandes	840
4.	Feststellung der tatsächlichen Voraussetzungen der „Geeignetheitsformel“	840
5.	„Kartellbefangenheit“ (nur) Gegenstand der haftungsausfüllenden Kausalität	842
6.	Hintergrund der Klarstellungen in der Entscheidung „Schienenkartell II“	843
7.	Geltung der „Geeignetheitsformel“ außerhalb des Anwendungsvorranges des Unionsrechtes	845
8.	„Geeignetheit“ bei „nicht marktvermittelten“ Beeinträchtigungen	845
IV.	Kartellschadensersatz-Richtlinie	850
V.	Umsetzung der Kartellschadensersatz-Richtlinie mit der 9. GWB-Novelle	851
1.	Beibehaltung der Betroffenheit für Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche	851
2.	Aufgabe der Betroffenheit für Schadensersatzansprüche in § 33a Abs. 1 GWB?	851
3.	Kein „Gleichlauf“ der „Betroffenheitsprüfung“ für Abwehransprüche einerseits und Schadensersatzansprüche andererseits	855
VI.	Vermutung der Kartellbefangenheit nach der 10. GWB-Novelle	855
B.	Einzelne Fallkonstellationen der Aktivlegitimation bzw. „Betroffenheit“	856
I.	Kartellverstöße in Form horizontaler Wettbewerbsbeschränkungen	857
1.	Aktivlegitimation von „sonstigen Marktteilnehmern“	857
2.	Aktivlegitimation von „Mitbewerbern“ der Kartellteilnehmenden	865

II. Kartellverstöße in Form vertikaler Wettbewerbsbeschränkungen	867
1. Aktivlegitimation von „sonstigen Marktbeteiligten“	867
2. Aktivlegitimation von „Mitbewerbern“ der Kartellbeteiligten	870
III. Missbrauchs- und Diskriminierungsverbote und anderes	
verbotswidriges unilaterales Verhalten	870
1. Missbrauchs-, Diskriminierungs- und Boykottverbote	870
2. Anspruchsberechtigung der unmittelbar Betroffenen	871
3. Aktivlegitimation mittelbarer Abnehmer und sonstiger Dritter	874
IV. Aktivlegitimation bei Verstößen gegen Verfügungen einer Kartellbehörde	875
V. DMA Verstöße	877
VI. Aktivlegitimation von Verbänden	877
C. „Passing-on defence“	879
I. Grundsätzliche Zulassung durch den BGH in Sachen „ORWI“	879
1. Anwendbarkeit der Grundsätze über die Vorteilsausgleichung	880
2. Voraussetzungen der Vorteilsausgleichung	881
3. Darlegungs- und Beweislast	882
4. „Zurückhaltende“ Erwägung einer sekundären Darlegungslast	883
5. Folgeentscheidungen zu ORWI zur sekundären Darlegungslast	884
II. Prozessuale Konsequenzen der ORWI Rechtsprechung	885
1. Nachweis der Kausalität des Kartells für den Vorteil des Geschädigten	886
2. Zunahme von Streitverkündungen?	890
3. Keine Notwendigkeit für eine Gesamtgläubigerschaft	891
III. Ausschluss der „Passing-on defence“ aus „Rechtsgründen“	892
1. „Schienenkartell IV“ – Keine „Passing-on defence“ bei Anspruchsbündelung	892
2. „Schienenkartell V“ – Ausschluss der „Passing-on defence“ durch allgemeine Wertungen des Schadensrechts	893
IV. Weitere Konkretisierung in der „LKW-Kartell“-Rechtsprechung des BGH	896
1. LKW-Kartell Urteil – gesonderte Darlegungen für jeden Absatzmarkt	896
2. LKW-Kartell II – Relativierung des Ausschlusses der „Passing-on defence“ aus Rechtsgründen	897
V. Richtlinie über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen	898
VI. Umsetzung durch die 9. GWB-Novelle in § 33c GWB	901
1. Grundlagen der „Passing-on defence“ als defensiver Einwand	901
2. Vermutung der Schadensabwälzung zugunsten mittelbarer Abnehmer	903
3. Widerlegung der Vermutung	904
4. Entsprechende Anwendung in Bezugsverhältnissen	905
5. Schätzung des Umfangs der Schadensabwälzung (Abs. 5)	905
6. Zeitlicher Anwendungsbereich	905
7. Kein Schutz vor mehrfacher Inanspruchnahme	905
§ 28 Kollektive Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen	907
A. Einführung	907
B. Subjektive Klagehäufung	909

C. Abtretungsmodelle	910
I. Arten von Abtretungsmodellen	910
II. Wirksamkeit der Abtretungen	910
1. Verstoß gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG)	911
2. Verstoß gegen § 138 BGB?	915
§ 29 Kartellrechtswidriges Verhalten	916
A. Passivlegitimation	917
I. Zurechnung des Handelns natürlicher Personen	917
II. Zivilrechtliche Haftung im Konzern	921
III. Haftung natürlicher Personen	926
IV. Haftung Mehrerer	927
B. Rechtswidrigkeit und Verschulden	927
I. Vorsatz	928
II. Fahrlässigkeit (insbesondere Verbotsirrtum)	930
C. Darlegungs- und Beweislast für einen schuldhaften Kartellrechtsverstoß	934
I. Verstoß gegen eine Kartellrechtsnorm	935
1. Grundsätzliches	935
2. Darlegungs- und Beweislast	939
3. Sekundäre Darlegungslast	942
4. Bindungswirkung von kartellbehördlichen/gerichtlichen Entscheidungen	945
II. Verschulden	950
1. Grundsätzliches	950
2. Keine Bindungswirkung von kartellbehördlichen/gerichtlichen Entscheidungen	950
§ 30 Schaden bei Kartellen	952
A. Grundlagen	956
I. Betroffenheit und Kausalität	957
II. Zurechnung als normative Einschränkung der Kausalität	962
III. Art und Ersatz des Schadens	965
IV. Grundsätze und Anwendung des § 287 ZPO bei Kartellschäden	967
1. Grundlagen	967
2. Überblick: Anforderungen an Substantiierung und Bestreiten	975
3. Sekundäre Darlegungslast	979
B. Schadensersatz des direkten Abnehmers	982
I. Schadenseintritt	984
1. Hintergrund und Entwicklung der Rechtsprechung	985
2. Altfälle: Umfassende Würdigung, aber tatsächliche Vermutung	988
3. Neufälle: Gesetzliche Schadensvermutung	999
II. Kartellbefangene Transaktionen	1003
1. Kartellbefangene Transaktionen	1004
2. Vortrag und Feststellungen zu den einzelnen Transaktionen	1010
III. Schadenshöhe	1021
1. Schaden wegen kartellbedingter Preisüberhöhung	1021
2. Entgangener Gewinn	1046
3. Rolle des Verletzergewinns	1047
4. Mitverschulden	1053
5. Einwand der Schadensweitergabe	1057
C. Schadensersatz des Abnehmers von Kartellaußenseitern	1057
I. Ökonomische Grundlagen von Umbrella-Effekten	1057

II. Grundsätzliche Ersatzfähigkeit von Schäden wegen Umbrella-Effekten	1059
III. Darlegungs- und Beweislast; Beweiserleichterungen	1061
D. Schadensersatz des mittelbaren Abnehmers	1064
I. Darlegung und Beweis von mittelbaren Schäden in Altfällen	1064
II. Neufälle: Gesetzliche Vermutung der Weitergabe von Kartellaufschlägen	1069
E. Schaden von Wettbewerbern der Kartellbeteiligten	1073
F. Schadensersatz bei Einkaufskartellen	1074
G. Pauschalierter Schadensersatz und Vertragsstrafen	1076
I. Pauschalierter Schadensersatz	1077
II. Vertragsstrafen	1079
§ 31 Schaden bei anderen Kartellrechtsverstößen	1081
A. Abgrenzung zu klassischen Kartellrechtsverstößen	1081
B. Allgemeine Anforderungen und Herausforderungen bei der Schadensgeltendmachung	1082
I. Herausforderungen bei Stand-Alone-Fällen	1082
II. Massen- und Streuschäden	1083
III. Betroffenheit/Haftungsbegründende Kausalität	1084
IV. Schaden/Haftungsausfüllende Kausalität	1085
1. Grundsätze	1085
2. Beweiserleichterungen	1087
C. Fallkonstellationen	1089
I. Marktmachtmissbrauchsfälle	1089
1. Klassische Fälle	1089
2. Private Enforcement in Digitalmärkten	1091
II. Vertikal-Fälle	1093
III. Verstößen gegen Verfügungen einer Kartellbehörde	1094
§ 32 Ökonomische Grundlagen der Schadensberechnung	1095
A. Rechtliche Entwicklung	1096
I. Rechtspraxis	1096
II. Weitergehende Veröffentlichungen	1096
1. Untersuchungen der Europäischen Kommission und Urteile deutscher Gerichte	1096
2. Veröffentlichungen in der ökonomischen Literatur	1097
B. Einführende Überlegungen zur Schätzung des Schadens durch einen Kartellpreisaufschlag	1098
I. Nutzung von Metastudien zu Kartellaufschlägen	1100
II. Ist die Konstruktion einer kontrafaktischen wettbewerblichen Situation überhaupt möglich?	1101
III. Umgang mit der Ungewissheit über die Natur der Kartellabsprachen	1101
IV. Ungewissheit über den Beginn und das Ende des Kartells	1102
V. Verfügbare Daten	1103
C. Empirische Methoden zur Schadensschätzung des Kartellpreisaufschlags ...	1104
I. Einfacher zeitlicher Preisvergleich	1104
II. Ökonometrische Analyse des zeitlichen Vergleichs	1105
1. Mehr und zusätzliche Daten	1105
2. Ökonometrisches Modell	1107
3. Korrelation zwischen Regressoren	1108
4. Auswahl der Variablen	1112
5. Statistische Tests zur Güte der Regression	1113

6. Hypothesentests	1116
7. Was bedeutet Signifikanz?	1121
III. Feste Effekte und Panelmethoden	1122
IV. Differenz-der-Differenzen Methode	1123
V. Prädiktionsmodelle	1124
VI. Zusammenfassende Bewertung der dargestellten Schätzmethoden	1125
D. Abschließende Bemerkungen zur empirischen Schätzung eines	
Kartellpreisaufschlags	1125
I. Ökonomische Überlegungen sind immer notwendig	1125
II. Empirische Modelle können nur Hypothesen schätzen und	
testen	1126
III. Horizontalabsprachen, die keine Hardcorekartelle sind	1126
E. Preisschirmeffekte	1126
F. Passing-on des Kartellaufschlags/Vorteilsausgleichung	1129
G. Mengeneffekte	1130
H. Vertikalabsprachen und Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen	1131
I. Schadensschätzung in Missbrauchsfällen	1132
I. Schwierigkeiten der Schadensdurchsetzung aufgrund fehlender	
ökonomischer und rechtlicher Konsistenz von Missbrauch von	
Marktmacht	1133
II. Schwierigkeit der Schadensdurchsetzung aufgrund der zu zeigenden	
Indikatoren	1134
§ 33 Anspruch auf Verzinsung des Schadens	1135
§ 34 Verjährung	1138
A. Allgemeines	1138
B. Verjährungsbeginn und -ende	1140
C. Verjährungshemmung	1144
D. Ansprüche aus § 852 S. 1 BGB nach Verjährung	1147
E. Verjährung von Innenansprüchen im Gesamtschuldverhältnis,	
§ 33h Abs. 7 GWB	1149
F. Sonderregeln nach § 33h Abs. 8 GWB	1149
§ 35 Zugang zu Beweismitteln	1150
A. Entwicklung	1151
B. Materiellrechtlicher Auskunfts- und Herausgabeanspruch nach § 33g	
GWB	1151
I. Hintergrund	1151
II. Zeitliche Anwendbarkeit	1152
III. Anspruchsvoraussetzungen	1152
1. Anspruchsberechtigte	1152
2. Anspruchsgegner	1153
3. Konkretisierung des Beweismittels	1153
4. Erforderlichkeit der Beweismittelherausgabe bzw.	
Auskunftserteilung	1153
5. Glaubhaftmachung eines Schadensersatzanspruchs nach § 33a	
GWB	1154
IV. Ausschlussstatbestände und Einreden	1155
1. Verhältnismäßigkeit der Informationsherausgabe	1155
2. Schutz vertraulicher Informationen und besonderer	
Personenkreise	1156
3. Verjährung	1157

V. Möglichkeiten der prozessualen Geltendmachung	1157
1. Isolierte Herausgabe- und Auskunftsklage	1157
2. Stufenklage	1158
3. Geltendmachung im Rahmen eines bereits anhängigen Schadensersatzprozesses	1158
VI. Rechtsfolgen	1161
1. Entscheidung und Durchsetzung	1161
2. Aufwendungsersatz, § 33g Abs. 7 GWB	1161
3. Schadensersatz bei fehlender oder fehlerhafter Offenlegung	1163
VII. Prozessuale Besonderheiten des § 89b GWB	1163
1. Sonderregelungen für vertrauliche Informationen, § 89b Abs. 6 und 7 GWB	1163
2. Wechselseitige Schutzmöglichkeiten in Bezug auf Kronzeugenerklärungen, § 89b Abs. 8 GWB	1164
3. Möglichkeit der Aussetzung des Ursprungsverfahrens, § 89b Abs. 4 GWB	1164
4. Begrenzte Möglichkeit des besonderen einstweiligen Rechtsschutzes, § 89b Abs. 5 GWB	1165
C. Akzessorischer Auskunftsanspruch nach § 242 BGB	1166
D. Weitere Möglichkeiten des Zugangs zu Beweismitteln über die Zivilgerichte	1167
I. Offenlegung durch Wettbewerbsbehörden nach § 89c GWB	1167
II. Beiziehung von Akten durch Zivilgerichte nach § 273 ZPO	1168
1. Ersuchen an die Europäische Kommission	1169
2. Ersuchen an nationale Behörden	1169
III. Auskunft und Offenlegung gegenüber Privatpersonen	1170
§ 36 Schutz von Geschäftsgeheimnissen	1171
A. Überblick	1171
B. Geheimnisschutz bei der Herausgabe von Beweismitteln	1172
I. Geheimnisschutz im Rahmen des materiell-rechtlichen Auskunfts- und Herausgabeanspruchs nach § 33g GWB	1175
II. Prozessualer Geheimnisschutz nach § 89b GWB	1176
1. Geheimnisschutz bei gerichtlichen Anordnungen nach § 89b Abs. 1, 2 GWB iVm § 142 ZPO	1176
2. Geheimnisschutz im Freigabeverfahren nach § 89b Abs. 6 GWB	1177
3. Gerichtliche Maßnahmen zum Geheimnisschutz (§ 89b Abs. 7 GWB)	1177
C. Sonstiger prozessualer Geheimnisschutz	1183
§ 37 Sonstige Fragen der prozessualen Durchsetzung	1188
A. Entwicklung	1189
B. Rechtsweg	1191
C. Zuständigkeit	1192
I. Sachliche Zuständigkeit	1192
II. Funktionelle Zuständigkeit	1193
III. Örtliche Zuständigkeit	1194
1. Anwendbarkeit der EuGVVO	1194
2. Deliktsgerichtsstand nach § 32 ZPO	1195
3. Zuständigkeitskonzentration nach § 89 Abs. 1 GWB	1199
4. Bestimmung des Gerichtsstands bei mehreren Beklagten	1200
IV. Gerichtsstandsklauseln	1201
V. Schiedsvereinbarungen	1204

D. Klage	1205
I. Vorüberlegungen	1205
II. Informationsbeschaffung für die Substantiierung der Klage	1206
III. Klageziel und Klagearten	1207
1. Klagemöglichkeiten der Geschädigten	1207
2. Klagemöglichkeiten der Kartellbeteiligten	1211
IV. Formulierung des Antrags	1212
1. Bestimmtheit des Antrages – Mindestbetrag	1212
2. Zinsantrag	1213
V. Zustellung der Klage und erforderliche Übersetzungen	1215
E. Parteien und andere Prozessbeteiligte	1215
I. Überblick	1215
II. Mehrheit von Klägern	1215
III. Mehrheit von Beklagten	1216
IV. Streitverkündung und Beitritt	1217
1. Allgemeine Voraussetzungen	1217
2. Kosten	1219
F. Beteiligung der Kartellbehörden	1219
I. Beteiligung der nationalen Kartellbehörden	1220
II. Beteiligung der Europäischen Kommission	1221
G. Verfahrensablauf	1222
H. Prozessleitung durch das Gericht	1223
I. Beweiserhebung	1223
II. Aussetzung	1224
III. Umgang mit Parallelverfahren	1225
IV. Vorlage zum EuGH	1226
I. Entscheidungen und Rechtsmittel	1227
J. Verfahrensdauer	1228
K. Streitwert und Kosten	1228
I. Zuständigkeitsstreitwert	1229
II. Gebührenstreitwert	1229
III. Rechtsmittelstreitwert	1229
IV. Streitwertanpassung nach § 89a GWB	1229
V. Kosten des Rechtsstreits	1231
1. Gerichtskosten	1232
2. Anwaltskosten	1232
§ 38 Gesamtschuldnerische Haftung der Kartellbeteiligten	1234
A. Rechtslage vor Inkrafttreten der 9. GWB-Novelle	1235
I. Haftung der Kartellbeteiligten im Außenverhältnis	1236
1. Grundsatz der Gesamtschuld	1236
2. Keine Haftungsprivilegierung des Kronzeugen im Außenverhältnis	1237
3. Konsequenzen für den Geschädigten	1239
II. Innenausgleich zwischen Gesamtschuldnern	1240
1. Grundsatz	1240
2. Kein genereller Ausschluss des Kartellinnenregresses	1240
3. Kriterien des Innenausgleichs	1241
III. Streitverkündung zur Sicherung des Innenausgleichs	1246
B. Kartellschadensersatz-Richtlinie	1247
I. Grundsatz der gesamtschuldnerischen Haftung im Außenverhältnis	1247
II. Haftung der Kartellmitglieder im Innenverhältnis	1247

III. Haftungsprivilegierungen	1248
1. Ausfallhaftung des Kronzeugen	1248
2. Haftungsfreistellung kleiner und mittlerer Unternehmen	1251
IV. Vergleichsanreize	1251
C. Rechtslage nach Inkrafttreten der 9. GWB-Novelle	1252
I. Gesamtschuldnerische Haftung im Außenverhältnis	1252
II. Ausgleichsansprüche im Innenverhältnis	1253
III. Privilegierung von KMU	1254
1. Privilegierung in der Außenhaftung	1254
2. Privilegierung in der Innenhaftung	1256
3. Ausschluss der Privilegierung in der Außen- und Innenhaftung	1257
IV. Privilegierung des Kronzeugen	1257
1. Privilegierung in der Außenhaftung	1257
2. Privilegierung in der Innenhaftung	1258
V. Wirkungen des Vergleichs	1259
1. Außenhaftung des Vergleichsbeteiligten	1259
2. Beschränkte Gesamtwirkung	1260
3. Ausfallhaftung	1260
4. Innenhaftung	1261
§ 39 Nichtdeliktische Anspruchsgrundlagen	1262
A. Vertragliche Ansprüche	1262
I. Vertragsstrafenregelungen und Schadenspauschalierungen	1262
1. Hintergrund	1262
2. Zulässigkeit	1263
3. Beurteilung von Vertragsstrafenregelungen nach § 309 Nr. 6 BGB	1263
4. Beurteilung von Schadenspauschalen nach § 309 Nr. 5 BGB	1264
5. Abgrenzung	1265
II. Culpa in contrahendo	1265
B. Bereicherungsansprüche	1267
I. Anfechtbarkeit von Folgeverträgen nach § 123 BGB wegen arglistiger Täuschung	1267
1. Täuschungshandlung	1267
2. Kausalität	1269
3. Arglist	1270
4. Anfechtungsfrist	1270
II. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung	1271
III. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung und Kartellschadensersatz im Vergleich	1272
1. Anspruchsvoraussetzungen	1272
2. Rechtsfolgen	1273
3. Fristen	1274
§ 40 Vergleiche über kartellrechtlichen Schadensersatz	1275
A. Allgemeines	1275
B. Die Entscheidung zur außergerichtlichen Streitbeilegung	1276
C. Inhalt von Vergleichsvereinbarungen	1278
I. Einführung	1278
II. Vertragsparteien	1278
III. Vergleichsgegenstand	1278
IV. Vergleichszahlung	1279

V. Wirkungen des Vergleichs	1279
1. Erledigung/Erlass der Schadensersatzansprüche	1279
2. Ggf. Maßnahmen zur Beendigung anhängiger Gerichtsverfahren	1281
3. Vertraulichkeit	1282
VI. Sonstiges	1282
3. Abschnitt Sonstige Bedeutung des Kartellrechts im Zivilprozess	1283
§ 41 Unterlassungs- und Beseitigungsprozesse	1283
A. Überblick	1283
I. Abgrenzung	1284
II. Kartellrechtlicher Kontrahierungszwang	1286
B. Materiellrechtliche Voraussetzungen des Unterlassungs- und Beseitigungsanspruchs nach § 33 Abs. 1 GWB	1289
I. Aktivlegitimation	1289
II. Kartellrechtsverstoß gem. § 33 Abs. 1 GWB	1290
1. Verstoß gegen Art. 101 AEUV, § 1 GWB	1291
2. Verstoß gegen Art. 102 AEUV, §§ 19 ff. GWB	1292
3. Verstoß gegen Art. 5–7 DMA	1293
4. Begehungsfahr und gegenwärtige Beeinträchtigung	1293
5. Tatbestandswirkung nach § 33b GWB	1296
6. Verjährung nach § 33h GWB	1297
7. Relevanter Zeitpunkt	1297
III. Passivlegitimation	1301
C. Prozessuale Besonderheiten von Unterlassungs- und Beseitigungsansprüchen	1302
I. Außergerichtliches Vorgehen – vor allem Abmahnung vor Unterlassungsklage	1302
II. Zuständigkeit	1304
1. Richtiger Rechtsweg	1304
2. Sachliche und funktionale Zuständigkeit	1305
3. Örtliche und internationale Zuständigkeit	1305
III. Klageanträge	1308
1. Unterlassung	1308
2. Beseitigung	1310
3. Kontrahierungszwang – insbes. Belieferung	1311
IV. Einstweiliger Rechtsschutz	1315
1. Kontrahierungszwang dem Grunde nach festgestellt	1316
2. Eigenständige einstweilige Verfügung auf Beliieferung/Aufnahme	1318
§ 42 Vorteilsabschöpfung durch Verbände	1321
A. Zweck der Regelung und Entstehungsgeschichte	1321
B. Materielle Grundlagen	1324
I. Anspruchsberechtigung	1324
II. Anspruchsvoraussetzungen	1325
1. Vorsätzlicher Verstoß	1325
2. Vorteil zu Lasten einer Vielzahl von Geschädigten	1326
III. Subsidiarität	1327
IV. Anspruchsinhalt und Verjährung	1328
C. Prozessuale Aspekte und Verfahren	1329
D. Praktische Bedeutung der Vorteilsabschöpfung und Zukunft der kollektiven Rechtsdurchsetzung im Kartellzivilrecht	1330

§ 43 Kartellrecht als Einwendung	1332
A. Klagen aus unwirksamem Vertrag	1333
I. Fallkonstellationen und Geltendmachung	1333
II. Rechtsfolgen	1334
III. Relevanz für die Zuständigkeit des Gerichts	1336
B. Kartellrecht in Prozessen über Schutzrechtsverletzungen	1338
I. Einleitung	1338
II. Nichtlizenzierte Schutzrechte	1339
III. Auslizenzierte Patente	1339
IV. Standardessenzielle Patente mit FRAND-Erklärung	1340
1. Europarechtliche Vorgaben nach Huawei/ZTE	1341
2. Umsetzung und Präzisierung durch die deutschen Gerichte	1344
4. Abschnitt Internationales Privat- und Prozessrecht	1351
§ 44 Internationale Zuständigkeit	1351
A. Begriff, Funktion, Rechtsgrundlagen	1355
B. Sachverhalte mit Bezug zur EU oder zu einem LugÜ-Staat	1357
I. Allgemeines, insbes. Sonderstellung Dänemarks	1357
II. Allgemeiner Anwendungsbereich von Brüssel I-VO und LugÜ II ...	1358
1. Sachlicher Anwendungsbereich	1358
2. Räumlicher Anwendungsbereich iwS	1359
3. Zeitlicher Anwendungsbereich	1360
III. Allgemeiner Gerichtsstand (Art. 4 Abs. 1 Brüssel Ia-VO/Art. 2 Abs. 1 LugÜ II)	1360
IV. Besondere Gerichtsstände	1361
1. Einführung	1361
2. Gerichtsstand des Erfüllungsorts (Art. 7 Nr. 1 Brüssel Ia-VO/Art. 5 Nr. 1 LugÜ II)	1361
3. Tatortgerichtsstand (Art. 7 Nr. 2 Brüssel Ia-VO/Art. 5 Nr. 3 LugÜ II)	1367
4. Gerichtsstand der Niederlassung (Art. 7 Nr. 5 Brüssel Ia-VO/Art. 5 Nr. 5 LugÜ II)	1377
5. Gerichtsstand der Streitgenossenschaft (Art. 8 Nr. 1 Brüssel Ia-VO/Art. 6 Nr. 1 LugÜ II)	1380
V. Verbraucherklagen (Art. 17 ff. Brüssel Ia-VO/15 ff. LugÜ II)	1389
VI. Gerichtsstandsvereinbarungen und rügelose Einlassung	1390
1. Vereinbarungen über den Gerichtsstand (Art. 25 Brüssel Ia-VO/Art. 23 LugÜ II)	1390
2. Rügelose Einlassung (Art. 26 Brüssel Ia-VO/Art. 24 LugÜ II) ...	1399
C. Sachverhalte mit Bezug zu Drittstaaten	1402
I. Einführung	1402
II. Gerichtsstand der Niederlassung (§ 21 ZPO)	1402
1. Anwendbarkeit	1403
2. Niederlassung	1403
3. Selbständigkeit	1403
4. Betriebsbezogene Streitigkeit	1404
III. Erfüllungsortsgerichtsstand (§ 29 ZPO)	1404
1. Anwendbarkeit	1404
2. Vertragliche Streitigkeiten	1405
3. Erfüllungsort	1405
4. Annexzuständigkeit	1407

IV. Tatortgerichtsstand (§ 32 ZPO)	1407
1. Anwendbarkeit	1407
2. Unerlaubte Handlung	1407
3. Begehungsort	1408
4. Annexzuständigkeit	1409
V. Gerichtsstand des Vermögens (§ 23 ZPO)	1409
1. Anwendbarkeit	1409
2. Einzelheiten	1409
VI. Gerichtsstandsvereinbarungen und rügeloses Einlassen	1410
1. Vereinbarungen über den Gerichtsstand (§§ 38, 40 ZPO)	1410
2. Rügelose Einlassung (§§ 39, 40 ZPO)	1411
§ 45 Durchführung des Verfahrens bei internationalen Sachverhalten	1413
A. Zustellung	1415
I. Einführung und Bedeutung des autonomen Prozessrechts	1415
II. Europäische Zustellungsverordnung (EuZVO 2022)	1417
1. Anwendungsbereich	1417
2. Übermittlungswege	1419
3. Annahmeverweigerungsrecht	1420
4. Heilung von Zustellungsmängeln	1422
III. Haager Zustellungsübereinkommen (HZÜ)	1422
1. Anwendungsbereich	1422
2. Übermittlungswege	1424
3. Ordre-public-Vorbehalt	1426
4. Heilung von Zustellungsmängeln	1428
IV. Vertragslose Rechtshilfe	1429
B. Die Koordinierung von Parallelverfahren im Ausland	1429
I. Einführung	1429
II. Parallele Verfahren in EU/LugÜ-Staaten	1430
1. Konkurrierende Verfahren: Prioritätsprinzip und Ausnahmen	1430
2. Bestimmung des Zeitpunkts der Rechtshängigkeit	1434
3. Konnexverfahren: Verfahrensaussetzung oder Klageabweisung	1434
III. Parallele Verfahren in Drittstaaten	1436
1. Ausländische Rechtshängigkeit nach deutschem Verfahrensrecht	1436
2. Verfahren in Drittstaaten nach der Brüssel Ia-VO	1438
C. Internationales Beweis- und Beweisverfahrensrecht	1439
I. Einführung	1439
II. Grundzüge des internationalen Beweisrechts	1440
III. Die Reichweite der deutschen Gerichtsgewalt zur Beweiserhebung	1440
1. Grundlagen	1440
2. Einzelheiten	1441
IV. Die Europäische Beweisverordnung (EuBVO 2022)	1442
1. Allgemeines	1442
2. Beweisaufnahme durch das ersuchte ausländische Gericht (aktive Rechtshilfe)	1443
3. Beweisaufnahme durch das ersuchende Gericht und durch andere Stellen im Ausland (passive Rechtshilfe)	1445
V. Das Haager Beweisaufnahmeübereinkommen (HBÜ)	1446
1. Anwendungsbereich	1446
2. Beweisaufnahme durch ausländische Stellen	1448

3. Sonstige Wege der Beweisaufnahme	1449
4. Erklärung gegen Verfahren der pre-trial discovery of documents	1450
5. Ablehnungsgründe	1451
VI. Vertragsloser Rechtshilfeverkehr	1452
§ 46 Bestimmung des anwendbaren Rechts	1453
A. Einführung	1454
B. Rechtsgrundlagen zur Bestimmung des anwendbaren Kartellprivatrechts in Deutschland	1454
I. Staatsverträge	1454
II. Kollisionsnormen des Kartellprivatrechts	1454
III. Abgrenzung zum Lauterkeitsrecht (Art. 6 Abs. 1 und 2 Rom II-VO)	1455
IV. Abgrenzung zu behördlichen Kartellsachen	1456
C. Das anwendbare Kartellrecht bei außervertraglichen Schuldverhältnissen ...	1457
I. Anwendungsbereich von Art. 6 Abs. 3 Rom II-VO	1457
1. Zeitlicher und räumlicher Anwendungsbereich	1457
2. Fallgruppen des Art. 6 Abs. 3 Rom II-VO im Überblick	1458
3. Anwendbarkeit von EU-Kartellrecht	1458
II. Bestimmung des anwendbaren Rechts nach Art. 6 Abs. 3 Rom II-VO	1459
1. Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-VO: Tatsächliche oder wahrscheinliche Beeinträchtigung des Marktes	1459
2. Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO: Wahlmöglichkeit bei sog. Streudelikten	1460
3. Keine Rechtswahl	1463
III. Versagung der Anwendung aufgrund des ordre public	1464
IV. Zwingende Anwendung nationaler Eingriffsnormen (Art. 16 Rom II-VO)	1465
D. Das anwendbare Kartellrecht bei vertraglichen Schuldverhältnissen	1465
I. Anwendungsbereich von § 185 Abs. 2 GWB	1467
1. Wettbewerbsbeschränkung	1467
2. Auswirkungsprinzip	1467
II. Einseitige Kollisionsnorm des § 185 Abs. 2 GWB und Anwendung ausländischen Kartellrechts	1467
1. Tatbestand des Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO	1468
2. Rechtsfolge des Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO	1468
III. Möglichkeit der Rechtswahl in wettbewerbsbeschränkenden Abreden	1469
E. Bestimmung des anwendbaren Kartellrechts im einstweiligen Rechtsschutz	1469
§ 47 Anerkennung und Vollstreckung	1471
A. Einführung	1471
I. Anwendbare Normen, je nach Ursprungsstaat	1472
II. Umfang der Vollstreckbarkeit	1473
B. Vollstreckung im Geltungsbereich der EuGVVO	1474
I. Räumlicher und zeitlicher Anwendungsbereich der EuGVVO	1474
II. Sachlicher Anwendungsbereich der EuGVVO	1474
III. Vollstreckungsverfahren nach der EuGVVO	1475
IV. Anerkennungsverfügungsgründe nach Art. 45 EuGVVO	1476
V. Streitverkündung unter der EuGVVO	1478
VI. Titel aus kollektivem Rechtsschutz unter der EuGVVO	1478

Inhaltsverzeichnis

C. Vollstreckung nach der EuVTVO	1479
I. Anwendungsbereich und Verhältnis zur EuGVVO	1479
II. Vollstreckungsverfahren	1480
D. Vollstreckung nach deutschem Internationalen Zivilprozessrecht	1480
I. Erwirkung eines Vollstreckungsurteils	1481
II. Anerkennungsausgangsgründe nach § 328 ZPO	1482
5. Abschnitt Ausländische Rechtsordnungen und Schiedsgerichtsbarkeit	1485
§ 48 USA	1485
A. Grundlagen	1485
I. Rechtsgrundlagen	1485
II. Grundlagen der Rechtsdurchsetzung	1487
III. Rechtsfolgen und Sanktionierung von Kartellrechtsverstößen	1488
B. Zivilprozesse	1489
I. Rechtsdurchsetzung durch das Department of Justice	1489
II. Rechtsdurchsetzung durch die FTC	1491
III. Rechtsdurchsetzung durch Private	1493
1. Schadensersatzklagen	1493
2. Einstweilige Verfügungen	1495
C. Strafprozesse	1496
I. Grundlagen	1496
II. Ermittlungsverfahren	1496
III. Gerichtsverfahren	1497
§ 49 Großbritannien	1499
A. Rechtsgrundlagen	1499
B. Zuständigkeit	1501
I. Internationale Zuständigkeit	1501
II. Zuständigkeitsverteilung zwischen High Court und CAT	1503
1. Zuständigkeit des High Court	1503
2. Zuständigkeit des CAT	1503
3. Verweisungen zwischen High Court und CAT	1503
4. Wahl des Forums	1504
C. Verfahren	1505
I. Pre-Action	1506
II. Statements of case	1507
1. High Court	1507
2. CAT	1508
III. Disclosure	1508
1. <i>Disclosure</i> -Regeln	1508
2. <i>Disclosure</i> -Prozess	1510
IV. Factual und expert evidence	1511
V. Trial	1512
VI. Urteil/Materielle Beurteilung	1512
1. Kartellverstoß (Bindungswirkung)	1512
2. Schaden	1513
3. Verjährung	1515
4. Kosten	1516
VII. Rechtsmittel	1516
D. Collective Proceedings	1517
I. Vor dem CAT	1518
II. Vor dem High Court	1519

§ 50	Andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union	1521
	A. Frankreich	1522
	I. Allgemeines	1522
	1. Entwicklung zivilrechtlicher Kartellprozesse in Frankreich	1522
	2. Gerichtsbarkeit und Zuständigkeit	1523
	3. Französische Kartellbehörde	1523
	II. Kartellrechtliche Schadensersatzprozesse	1523
	1. Rechtsgrundlagen	1523
	2. Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen	1524
	3. Aktivlegitimation	1524
	4. Verjährung	1525
	5. Verfahrensverlauf	1525
	6. Schadensersatz und Zinsen	1526
	7. Auskunftsansprüche und Offenlegung von Dokumenten	1526
	8. Passing-on-Defense	1527
	III. Sammelklagen (actions de groupe)	1528
	B. Niederlande	1529
	I. Allgemeines	1529
	1. Entwicklung zivilrechtlicher Kartellprozesse in den Niederlanden	1530
	2. Gerichtsbarkeit und Zuständigkeit	1530
	3. Niederländische Kartellbehörde	1531
	II. Kartellrechtliche Schadensersatzprozesse	1531
	1. Rechtsgrundlagen	1531
	2. Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen	1531
	3. Aktivlegitimation	1532
	4. Verjährung	1532
	5. Verfahrensverlauf	1533
	6. Auskunftsansprüche und Offenlegung von Dokumenten (Pretrial Discovery)	1533
	7. Passing-on-Defense	1534
	III. Weitere kartellrechtliche Zivilprozesse: Unterlassungs- und Beseitigungsprozesse	1534
	IV. Einstweiliger Rechtsschutz – Kort Geding	1535
	V. Kollektivverfahren und -vergleiche	1536
	1. Sammelklagen	1536
	2. Massenvergleiche	1537
§ 51	Kartellrecht und Schiedsverfahren	1545
	A. Übersicht	1546
	B. Schiedsfähigkeit des Kartellrechts	1547
	I. Allgemeine Grundsätze zur Schiedsfähigkeit des Kartellrechts	1547
	II. Unwirksamkeit einer Schiedsvereinbarung wegen Kartellrechtsverstoßes	1548
	III. Derogation der kartellrechtlich relevanten Gerichtsstände der EuGVVO mittels Schiedsvereinbarung	1550
	IV. Behördliche Paralleluntersuchungen in Bezug auf den Schiedsgegenstand	1551
	C. Bindungswirkung und Vollstreckbarkeit von Schiedssprüchen zu kartellrechtlichen Fragestellungen	1551
	I. Anwendung von Kartellrecht durch Schiedsgerichte	1551

II. Gerichtliche Überprüfbarkeit von Schiedssprüchen mit kartellrechtlichem Bezug	1552
1. Allgemeine Grundsätze: Verbot der <i>révision au fond</i> und <i>ordre public</i> -Vorbehalt	1553
2. Überprüfung der schiedsgerichtlichen Anwendung von Kartellrecht nach der Rechtsprechung des EuGH	1553
3. Überprüfung der schiedsgerichtlichen Anwendung von Kartellrecht nach der Rechtsprechung des BGH	1557
III. Faktische Abänderung von Schiedssprüchen durch kartellbehördliche Entscheidungen	1560
D. Kartellschadensersatzklagen vor Schiedsgerichten	1561
I. Pflicht von Schiedsgerichten zur Anwendung der Regelungen der RL 2014/104/EU	1562
1. Unmittelbar dem <i>ordre public</i> zuzurechnende Regelungen der RL 2014/104/EU	1563
2. Nicht dem <i>ordre public</i> zuzurechnende Regelungen der RL 2014/104/EU	1564
II. Schiedsverfahren zur Entscheidung von Kartellschadensersatzansprüchen	1565
1. Eignung der Schiedsgerichtsbarkeit für Kartellschadensersatzklagen	1565
2. Verfügbarkeit der Schiedsgerichtsbarkeit für Kartellschadensersatzklagen	1566
III. Stärkung von Schiedsverfahren als Mechanismus der „einvernehmlichen Streitbeilegung“ durch die RL 2014/104/EU ...	1569
4. Teil Unternehmenspraxis	
§ 52 Kartellrechtliche Compliance	1571
A. Kartellrechtliche Compliance-Strukturen und Programme	1572
I. Einleitung	1572
II. Rechtliche und praktische Anforderungen	1575
1. Gesetzliche Vorgaben	1575
2. Leitlinien und Standards	1577
3. Kartellrecht als Compliance-Materie	1578
III. Elemente eines Compliance Management Systems im Kartellrecht	1579
1. Compliance-Kultur	1580
2. Organisation	1581
3. Risikoanalyse	1582
4. Regelwerk	1584
5. Schulungen	1586
6. Kartellrechtliche Beratung	1589
7. Risikospezifische Prozesse	1590
8. Hinweisgebermanagement	1593
9. Berichterstattung	1594
10. Überwachung	1594
11. Kontinuierliche Verbesserung	1595
B. Berücksichtigung von Compliance-Programmen bei der Sanktionierung von Kartellrechtsverstößen	1595
I. Ausgangslage	1596
II. Berücksichtigung auf Tatbestandsebene	1596
1. Deutsche Rechtslage	1597

2. Europäische Rechtslage	1598
3. Konzernweite Compliance-Programme – Risikofaktor oder Enthaftungsmöglichkeit für Konzernobergesellschaften?	1598
III. Bemessung des Bußgeldes	1601
1. Deutsche Rechtslage	1601
2. Europäische Rechtslage	1603
IV. Wettbewerbspolitische Diskussion	1604
1. Keine Berücksichtigung der Präventionswirkung	1604
2. Kronzeugenprogramme	1605
§ 53 Interne kartellrechtliche Untersuchungen	1607
A. Generelle Aspekte	1608
I. Erfordernis unternehmensinterner Untersuchungen	1608
II. Besondere Herausforderungen bei internen kartellrechtlichen Untersuchungen	1609
1. Anfangsverdacht und begrenzte Ermittlungsoptionen	1609
2. Windhundrennen aufgrund von Kronzeugenprogrammen	1612
3. Dokumentation und Abschluss der Untersuchung	1614
III. Konsequenzen für interne kartellrechtliche Untersuchungen	1615
1. Fokus auf schnelle und umfassende Sachverhaltsermittlung	1615
2. Sicherstellung der Vertraulichkeit	1616
3. Untersuchung durch Kartellrechtsexperten	1616
B. Datenschutz- und weitere spezialrechtliche Aspekte	1617
I. Überblick über das Datenschutzrecht	1617
1. Grundlagen	1617
2. Erlaubnistatbestände im Rahmen kartellrechtlicher Untersuchungen	1619
3. Benachrichtigungspflicht gegenüber Betroffenen	1624
II. Datenschutz- und weitere spezialrechtliche Fragen zu ausgewählten Untersuchungsmaßnahmen	1625
1. Spezialkomplex: E-Mail-Auswertung	1625
2. Auswertung sonstiger elektronisch gespeicherter Daten	1627
3. Auswertung von Unterlagen in Papierform	1627
III. Einbindung externer Berater bei der Auswertung	1629
IV. Datenschutzrechtliche Aspekte konzernweiter Untersuchungen	1629
1. Informationsfluss innerhalb eines Konzerns	1629
2. Grenzüberschreitende Untersuchungen	1630
C. Arbeitsrechtliche Aspekte	1631
I. Vorarbeit: Konzernbetriebsvereinbarungen und Richtlinien	1631
II. Befragung von Mitarbeitern	1631
III. Stellung des Betriebsrats	1633
1. Pflicht zur Unterrichtung des Betriebsrates (§ 80 Abs. 2 BetrVG)	1633
2. Kollektive Maßnahme zur Durchsetzung der Ordnung im Betrieb (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG)	1634
3. Kontrolle mittels technischer Einrichtungen (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG)	1635
4. Mitbestimmung bei standardisierten Fragebögen (§ 94 Abs. 1 BetrVG)	1635
§ 54 Strategien zur Reaktion auf Kartellverstöße	1636
A. Ausgangssituation	1637

B. Umgang mit internen Verdachtsmomenten und intern aufgedeckten Verstößen	1638
I. Interne Aufdeckung von Verdachtsmomenten oder Verstößen	1638
1. Mögliche Quellen der Aufdeckung	1638
2. Erstbewertung von Verdachtsmomenten	1639
3. Document Retention	1639
4. Reaktionsmöglichkeiten und ihre Auswahl	1640
5. Insbesondere: Kronzeugenanträge	1644
6. Befugnis zur Entscheidung über die Nutzung der Kronzeugenregelung	1647
7. Internationale Koordinierung	1648
C. Umgang mit extern aufgedeckten Kartellrechtsverstößen	1651
I. Umgang mit Durchsuchungen	1651
II. Zügige interne Untersuchung	1653
III. Abwägung Reaktionsmöglichkeiten	1653
IV. Markerverfahren	1654
D. Kommunikation	1655
E. Weitere Maßnahmen	1657
I. Sicherung der Kronzeugenstellung	1657
II. Wiederherstellung rechtmäßiger Zustände	1657
III. Dokumentation der Nachtat-Compliance	1659
IV. Rückstellungen	1659
F. Root-Cause-Analysis und Verbesserung Compliance-System	1659
§ 55 Unternehmen, Organe und Mitarbeiter als Betroffene von Kartellverfahren und Kartellprozessen	1661
A. Ausgangslage	1662
I. Unternehmen	1662
1. Mögliche Konsequenzen für das Unternehmen	1662
2. Interessenlage des Unternehmens	1663
II. Organe	1664
1. Mögliche Konsequenzen für Organe	1664
2. Interessenlage der Organe	1665
III. Mitarbeiter	1665
1. Mögliche Konsequenzen für Mitarbeiter	1665
2. Interessenlage der Mitarbeiter	1666
B. Einzelfragen	1666
I. Koordinierung der Verteidigung für Unternehmen, Organe und Mitarbeiter	1666
II. Amnestieprogramme/Freistellung	1667
1. Dilemma aus Unternehmenssicht	1667
2. Ausgestaltung	1668
III. Regressansprüche gegen Organe/Mitarbeiter	1671
IV. Sanktionierung	1672
V. Reputation/Blacklisting	1673
VI. Versicherungsschutz	1673
1. Directors & Officers-Versicherung	1674
2. Sonstige Versicherungen	1675
3. Betriebshaftpflichtversicherung	1676
§ 56 Unternehmen als Geschädigte von Kartellen	1677
A. Verpflichtung zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen	1679
I. Einführung	1679
II. Rechtlich gebundene oder unternehmerische Entscheidung?	1679

III. Anforderungen an die Entscheidung	1680
1. Angemessene Informationsgrundlage	1680
2. Abwägungskriterien	1682
3. Dokumentation	1683
B. Strategische Überlegungen	1683
I. Einbeziehung Dritter: Forderungsverkauf und Sammelklagen-Inkasso	1683
1. Gründe für die Einbeziehung Dritter	1683
2. Praxis	1684
3. Herausforderungen	1687
4. Alternativen	1689
II. Vergleichsweise oder gerichtliche Beilegung	1689
1. Einführung	1689
2. Vergleich mit einem oder mehreren Kartellbeteiligten?	1690
3. Geeigneter Zeitpunkt für Vergleichsverhandlungen und Verhältnis zur gerichtlichen Geltendmachung	1691
4. Reichweite und Inhalt von Vergleichen	1692
III. Ausgestaltung des Prozesses	1694
1. Klage in Deutschland oder im Ausland	1694
2. Auswahl der Beklagten	1695
3. Klageart	1696
4. Güterichter und außergerichtliche Streitbeilegung nach Klageerhebung	1697
C. Praktische Aspekte	1697
I. Absicherung gegen Forderungsausfall (insbes. Verjährung/Insolvenz)	1697
1. Absicherung gegen Verjährung	1697
2. Absicherung gegen Insolvenzrisiken	1699
II. Erfassung von Sachverhalten und Beweismitteln	1701
1. Nachweis der kartellrechtswidrigen Absprachen	1701
2. Schadensnachweis	1702
III. Beauftragung von ökonomischen Gutachten	1703
D. Identifikation und Prävention von Kartellschadensrisiken in der Beschaffung	1704
I. Kartellschadensprävention – Chance und Herausforderung	1704
II. Identifikation von Kartellschadensrisiken	1705
1. Konkrete Kartellauffälligkeiten im Beschaffungsprozess	1705
2. Marktverhaltens-Screening	1706
3. Marktstrukturanalyse der Beschaffungsmärkte	1707
4. Monitoring und Auswertung kartellbehördlicher Aktivitäten	1707
5. Amnestieangebote für kooperierende Kartellanten	1707
III. Abwehr von Kartellschadensrisiken	1708
1. Reaktion auf konkrete Kartellanzeichen	1708
2. Allgemeine Prävention von Kartellschadensrisiken	1709
Sachregister	1711

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG